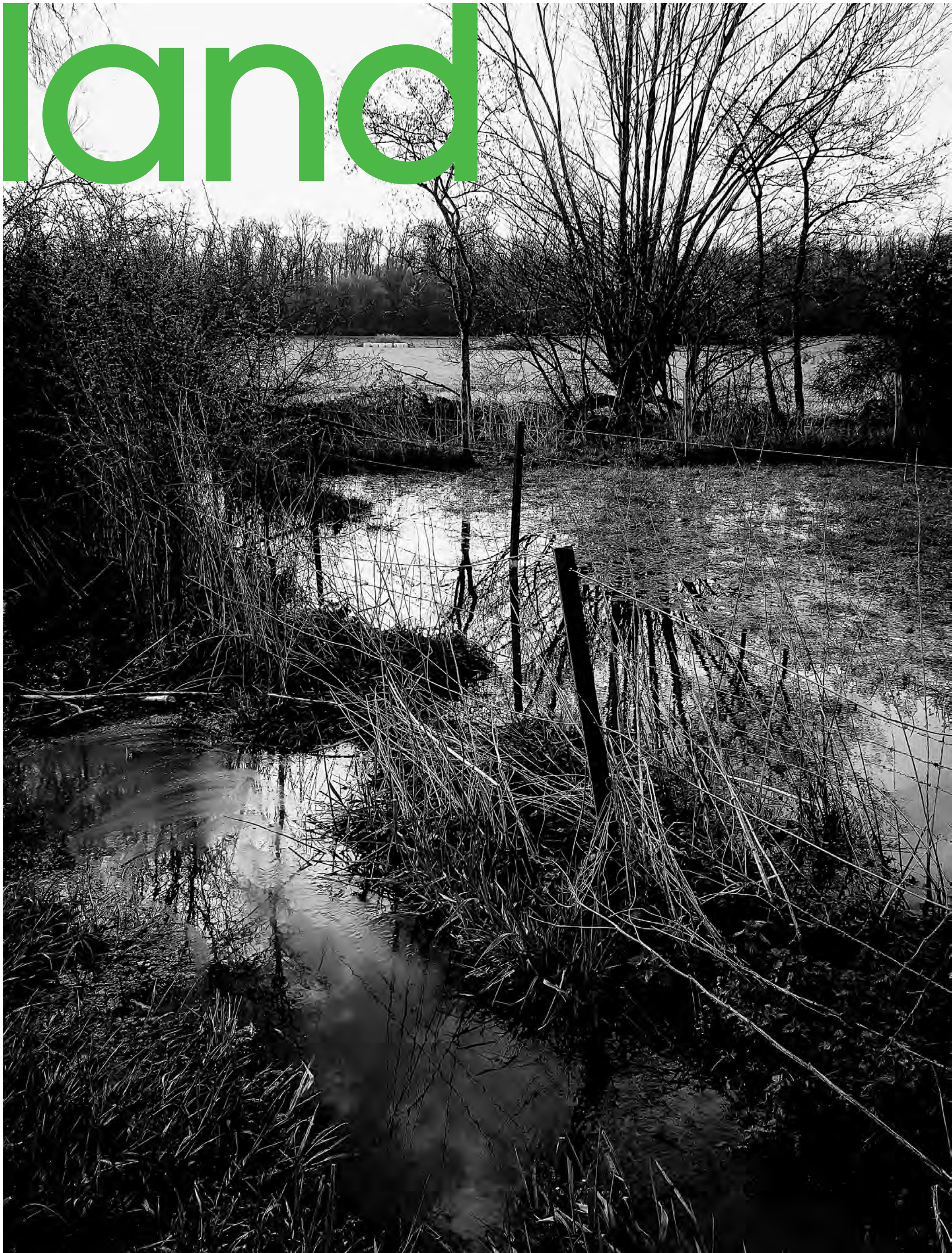


land



N°14 · 03.04.2026 · 73. Jahrgang

Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

POLITIK

Einbeziehen oder nicht

Die demographische Zusammensetzung des Großherzogtum erfordert eine Modernisierung der Demokratie. Was bringen Instrumente wie Petitionen, Informationsveranstaltungen und Bürgerräte?

S. 3

Beaver believers

Le retour du castor est une excellente nouvelle pour les rivières, mais il nécessite une approche pragmatique pour éviter les conflits. Exemples avec les CFL et la commune de Mamer

S. 6

Foto: Olivier Halmes

WIRTSCHAFT

Die Neuen im System

Was bringen Ärztesellschaften? Ein lange versprochener Gesetzentwurf ist nun da. Er setzt sie Anwaltsfirmen gleich

S. 9

FEUILLETON

Une mémoire endolorie et non réconciliée

Entretien avec l'historien Benjamin Stora, qui aborde les raisons de la crise diplomatique entre la France et l'Algérie

S. 14

Einsamkeit in Zeiten digitaler Aufmerksamkeitsökonomie

In dem Band *Allgemeine Zweifel am weiteren Verlaufe* erzählt Elise Schmit sprachlich kunstvoll von Sehnsucht, Fluchtmöglichkeiten und Rissen in der (Alltags-)Routine

S. 16



6,50 €

Katariséierung

IIII Peter Feist

Vergangenem Donnerstag im „Kloertext“ von *RTL-Télé* prägte LCGB-Präsident Patrick Dury den Begriff „Katariséierung“ der Gesellschaft. Er soll vielleicht die „soziale Apartheid“ ersetzen, die Dury seit seiner Rede beim Neujahrsempfang 2024 des LCGB immer wieder als Vergleich für die Einkommensunterschiede zwischen öffentlichem Dienst und Privatsektor bemühte – und damit jedes Mal die CGFP gegen sich aufbrachte.

Aber *Katariséierung* ist auch der passendere Ausdruck. Er lässt an eine Gesellschaft denken, in der politische Entscheidungen so getroffen wurden, dass nicht nur die Ungleichheiten zunehmen. Sondern dass ein privilegierter Teil der Gesellschaft von der Wohlstandsmehrung besonders profitiert. Dass ein bestimmter Sektor unverhältnismäßig viel zur Wirtschaftsleistung beiträgt. Dass daraus eine Politik resultiert, diesen Sektor unbedingt zu erhalten und auszubauen, auch wenn das Schäden an anderen Stellen verursacht. Dass dieser Gesellschaft ihr Arbeitskräfte-Reservoir nie reicht, weshalb sie auf preiswerte Arbeitskräfte aus dem Ausland zurückgreift. Und obwohl allen ziemlich klar ist, dass es nicht ewig so weitergehen kann, wird zur Besitzstandswahrung alles unternommen, damit es weitergeht, wie gehabt.

Deshalb steckt in der Auseinandersetzung um den Mindestlohn nicht nur eine um Kräfteverhältnisse im Sozialdialog oder in einem Klassenkampf. Sondern es stellt sich auch die Frage, welche Perspektive Luxemburg hat und haben soll. Europarekord-Inhaber bei den *working poor* zu sein, ist eine Schande. Da drängt die Erhöhung des Mindestlohns sich auf. Und nur nach dem Betrag ist der Mindestlohn hierzulande besonders hoch im EU-Vergleich. Kaufkraftbereinigt ist er es nicht, wie Statec-Ehrendirektor Serge Allegrezza dieser Tage auf *Facebook* postete. Da lag zum 1. Januar 2026 Deutschland an der Spitze mit 12,58 Euro die Stunde, vor Holland (12,40 Euro), Belgien (12,12) und Irland (12,04). Vor Luxemburg mit 12,01 Euro, und danach Frankreich mit 11,99 Euro oder fast genauso viel.

Natürlich kann man einwenden, dass in den Nachbarländern die Lebenskosten niedriger sind. Deshalb konnten jahrzehntelang *frontaliers* die Reservearmee für den Luxemburger Arbeitsmarkt sein. Doch CSV-Arbeitsminister Marc Spautz sagte dem *Wort* vergangene Woche, was schon seit zwei Jahren bekannt ist: „Im Ausland nimmt das Interesse, in Luxemburg zu arbeiten, immer weiter ab.“ Daraus folgt auch: Ist der Mindestlohn nicht attraktiv, wird es weiter abnehmen. Denn im Handel oder im Horeca-Gewerbe arbeiten viele Grenzpendler/innen nur zum Mindestlohn.

Und immer mehr werden niedrige Löhne zum Berufseinstieg, oft nur der qualifizierte Mindestlohn, zum Problem für hier ansässige junge Leute, sich ein eigenes Leben aufzubauen. Selbst mit dem nun steuerbefreiten Mindestlohn reicht das nicht für eine eigene Wohnung. Was sollen diese jungen Menschen von ihrem Land halten? Und: von der liberalen parlamentarischen Demokratie? Die Frage scheint nicht übermäßig wichtig. Denn wohnungspolitisch, man kann es drehen und wenden, wie man will, wird zwar seit vielen Jahren eine „urgence“ konstatiert und eine „action concertée“ versprochen. Aber am Ende soll der Markt es richten, werden nach wie vor die bevorzugt, die Besitz haben oder an ihn zu gelangen imstande sind. So wird die Schicht von Rentiers immer breiter. So driftet die Gesellschaft immer mehr auseinander. Glück hat, wer erbt. Der im „Kloertext“ ebenfalls anwesende CSV-Finanzminister Gilles Roth antwortete auf die Frage nach einem zusätzlichen Spitzensteuersatz oder einer „Millionärssteuer“, dass es „mit dieser Regierung“ keine Erbschaftssteuer in direkter Linie geben werde. Das ging natürlich an der Frage vorbei, interessant war es trotzdem, denn eben diese Politik trägt zur *Katariséierung* Luxemburgs. Daran ändern auch soziale Transferzahlungen nichts, die der Staat sich leisten kann, weil der Finanzplatz genug Einnahmen bringt. ●



Politik

Einbeziehen oder nicht

III Stéphanie Majerus

Die demographische Zusammensetzung des Großherzogtums fordert eine Modernisierung der Demokratie. Was bringen Instrumente wie Petitionen, Informationsveranstaltungen und Bürgerräte?

Dass die Legitimität der luxemburgischen Demokratie aufgrund des hohen Ausländeranteils fragil ist, ist ein Umstand, den politische Beobachter nicht übersehen können. 2015 versuchte die blau-rot-grüne-Regierung die politische Beteiligung auszuweiten, indem man ein Referendum organisierte, bei dem über die Wahlberechtigung von Nicht-Staatsbürgern entschieden wurde. Aber 80 Prozent der Luxemburger stimmten dagegen. Seitdem wurde der Zugang zur luxemburgischen Nationalität erleichtert. Und es gab einige Versuche, über den Weg der Bürgerbeteiligung politische Mitsprache zu erleichtern.

Auf kommunaler Ebene hatte der Schöffenrat der Stadt-Luxemburg 2024 und 2025 die sogenannten Apéri'tours lanciert. Der Schöffenrat zog gemeinsam mit Mitarbeitern der Stadt durch die verschiedenen Viertel, um dort bei Spaziergängen mit den Bewohnern ins Gespräch zu kommen. Einerseits konnten die Politiker dabei laufende Projekte vorstellen, andererseits sollten Bürger/innen ihre Anliegen vorbringen. Laut *L'Essentiel* haben sich an der ersten Ausgabe 1 750 Bürger/innen beteiligt. Lydie Polfer sprach in einer Ratssitzung von 1 500 Anmerkungen und Denkanstößen, die sie von den Bürgern erhalten habe. Es sei „hundertprozentig“ eine „gelungene Form der Bürgerbeteiligung“, befand die Bürgermeisterin; eine Form der Bürgerbeteiligung, die sich die Gemeinde etwas kosten ließ: Beide Ausgaben beliefen sich auf 700 000 Euro und umfassen Kosten für externe Expertise, Dokumentationen und für die Organisation der Veranstaltungen, so das *Tageblatt*.

Der Politikwissenschaftler, *Forum*-Autor und Berater in Sachen Bürgerbeteiligung, Jürgen Stoldt, zweifelt allerdings an der Effizienz solcher Formate: „Die häufig spontan geäußerten Kommentare und Partikularinteressen, die man schnell loswerden will, schießen bei solchen Veranstaltungen kreuz und quer.“ Es sei schwierig, einen Dialog rund um spezifische Problematiken aufzubauen; allein schon wegen der hohen Anzahl der Beteiligten. Erst in den 1980er Jahren hätten die Gemeinden ihr Informationsangebot erweitert; dann seien Informationsveranstaltungen hinzugekommen, in denen Bürger vermehrt in der letzten Viertelstunde zu Wort kamen. In gewisser Weise stehen auch die Apéri'tours in dieser Tradition.

Neben dieser Form des unstrukturierten Austausches haben sich auch Workshop-Veranstaltungen etabliert. So wurde an einem November-Wochenende 2024 das „Ideation Lab“ organisiert, eine Werkstatt, die 26 Stunden lang 50 Hauptstadt-Bewohner zusammenbrachte, um Anregungen für konkrete Projekte zu sammeln. Insgesamt 42 Gemeindebeamte waren anwesend, um die Veranstaltung professionell zu begleiten, und im Vergleich zu den Apéri'tours fiel diese Veranstaltung mit 70 000 Euro günstig für das Kommunal-Budget aus. Trotzdem waren viele Teilnehmer nach einem Jahr enttäuscht, wie das *Tageblatt* ermittelte: Die Gemeinde habe sich nicht mehr bei ihnen gemeldet, man habe keine weiteren Schritte beschlossen und auch nicht erfahren, wie es mit den Vorschlägen weitergehen soll. Auf Nachfrage der Escher Tageszeitung gab die Gemeinde schließlich bekannt, man werde dieses Jahr

konkreter auf die Vorschläge eingehen. Zwar gab es auch viel Lob von den Teilnehmern, der Austausch sei „intensiv und gesellig“ gewesen. Geht man die Profile der Teilnehmer durch, findet man dort Vertreter von „Syndikaten“ und *Interesseveräiner*. Das ist ein gängiges Muster „Zu diesen Workshops kommen die üblichen Verdächtigen, Politikinteressierte, die aber kein Mandat erlangen wollen oder konnten“, kommentiert der Politikwissenschaftler Stoldt. Mit den Ergebnissen solcher Workshops seien die Teilnehmer nicht immer zufrieden, „häufig landen die Vorschläge auf dem Tisch eines Mitarbeiters vom technischen Dienst, der sich die Ideen rauspickt, die zu dem Konzept passen, das er sich bereits ausgedacht hat“.

Dass die Mehrheit der Bürger einer Nation politisch mitentscheiden können, ist eine Entwicklung des früheren 20. Jahrhunderts. Bei der Gründung des luxemburgischen Staates 1839 war man noch weit entfernt von einer modernen Massendemokratie. Zwei Jahre später wurde das Zensuswahlrecht eingeführt; es gab jenen das Stimmrecht, die ein bestimmten Mindestvermögen vorweisen konnten oder einen Mindeststeuerbeitrag zahlten – nur wohlhabende Männer waren also wahlberechtigt, – das Ganze eingerahmt in eine konstitutionelle Monarchie, die dem König-Großherzog durch die Verfassung erlaubte, exekutive Gewalt auszuüben (und beispielsweise Minister nach eigenem Ermessen zu ernennen). Mit den Reformen von 1868 bekam das Parlament zwar etwas mehr Macht, aber das eingeschränkte Wahlrecht blieb noch bis 1919 bestehen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden mit dem allgemeinen Wahlrecht auch Frauen einbezogen – womit Luxemburg in dieser Hinsicht sogar fortschrittlicher vorging als Frankreich und Belgien; beides Länder, die im 19. Jahrhundert mit demokratischen Rechten vorpreschten. Mitte der Neunziger schließlich wurde – aufgrund einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof – Ausländern das Wahlrecht für die Berufskammern erteilt. Und durch den Maastrichter Vertrag wurden EU-Bürger zu Gemeinde- und Europawahlen zugelassen, dabei entschied Luxemburg es auf alle Ausländer auszuweiten, wie in *Forum* nachzulesen.

Während der blau-rot-grün-Regierung wurde darüber hinaus ein Instrument erprobt, dass die Bürger als Mit-Entscheider einbeziehen sollte. So wurde vom Staatsministerium unter Xavier Bettel (DP) ein Bürgerrat ins Leben gerufen, der die zukünftige Klimastrategie der Regierung orientieren sollte. Im Oktober 2021 sagte Bettel in seiner Rede zur Lage der Nation: „Die Klimakrise betrifft uns alle. Es ist also wieder an der Zeit, unseren eigenen Weg zu finden. Ich bin überzeugt, dass der Klimabürgerrat diesen Weg aufzeichnen kann“. 100 zufällig ausgewählte Bürger trafen sich über acht Monate und eruierten themenspezifische Lösungen; dabei halfen ihnen Beamte, Wissenschaftler und Akteure der Zivilgesellschaft. Am Ende überreichten sie der Regierung 56 Vorschläge von denen fünf als Maßnahme in den Pnec (den nationalen Energie- und Klimaplan) einflossen und 19 Vorschläge zur einer Verschärfung von beschlossenen Maßnahmen führten.

Viele Arbeitnehmer können sich hierzulande nicht an politischen Prozessen beteiligen

[...]



Ist das Parlament ein Bürgerrat?, wie Alex Donnersbach (CSV) meint

[Fortsetzung von Seite 3]

In einer Auswertung unter der Leitung von Raphael Kies, Wissenschaftler im Bereich demokratische Innovationen und Medienwissenschaften, wird diese Bürgerversammlung als „innovativ“ und „experimentell“ beschrieben – zugleich aber als verbesserungswürdig. So bestand der Pool, aus dem die Teilnehmer ausgewählt wurden, teilweise aus Personen, die sich beworben hatten; sie wurden also nicht vollständig zufällig aus einer Ilres-Datenbank gezogen. Positiv hebt der Bericht hervor, dass Frauen und Jugendliche – die in deliberativen Prozessen üblicherweise unterrepräsentiert sind – sowie Nicht-Staatsbürger proportional zur Gesamtbevölkerung vertreten waren. Menschen mit formal niedrigem Bildungsniveau seien hingegen schwächer repräsentiert gewesen. Darüber hinaus hält der Bericht fest, dass der Bürgerrat unter Zeitdruck geplant wurde: Nachdem Bettel ihn in der Rede zur Lage der Nation angekündigt hatte, blieben lediglich drei Monate, um ein Konzept auf die Beine zu stellen.

Für Jürgen Stoldt stellt der Klimabürgerrat einen ersten guten Anlauf dar. In einem Land wie Luxemburg seien solche Formate, „die die Bevölkerung ohne Wahlrecht einbeziehen, absolut notwendig“. So habe dreiviertel der Arbeitnehmer, die hierzulande Steuern zahle, entweder weil sie nicht die Staatsbürgerschaft besitzt oder weil sie nicht auf dem Staatsgebiet wohnt, kein Mitspracherecht – „dabei sind sie direkt von politischen Entscheidungen betroffen, wie beispielsweise von der Rentenreform“.

Aber aktuell finden sich im Parlament keine Mehrheiten, um einen Bürgerrat permanent auf nationaler Ebene zu etablieren. Letzte Woche zeigten sich die DP und CSV in der Institutionenkommission skeptisch gegenüber dieser Form der Bürgerbeteiligung. Für den CSV-Abgeordnete Alex Donnersbach ist die Abgeordnetenkammer an sich bereits eine Art von repräsentativem Bürgerrat (was angesichts ihrer sozialen Zusammensetzung eine gewagte Behauptung ist; so sind hier vor allem luxemburgische Muttersprachler mit Hochschulabschluss mittleren Alters vertreten). Luxemburg zähle zahlreiche Interessengruppen, NGOs und ein Jugendparlament, argumentierte seinerseits der DP-Nordabgeordnete André Bauler – man lese die Vorschläge dieser Gruppen, „dat gehéiert och zu eiser politischer Kultur“. Auch dagegen ist die ADR, als einzige Oppositionspartei. Fraktionschef Fred Keup führte in der Institutionenkommission aus, er befürworte Referenden: „Do maachen all d'Bierger mat, anonym a geheim.“ Sollte es zu einem Bürgerrat kommen, sollten sich in ihm nur Luxemburger/innen engagieren dürfen, so der ADR-Chefideologe. Die Idee eines nationalen Bürgerrates wurde diskutiert, nachdem junge Politiker aus CSV, DP, LSAP und déi Gréng vor demokratiefeindlichen Strömungen warnen und für mehr Bürgerbeteiligung aufriefen; woraufhin die Abgeordneten der Grünen und der LSAP das Anliegen in Motionen aufgriffen.

Im Oktober 2025 gingen Raphaël Kies, Racha El Herfi und Emilien Paulis der Frage nach, was einen Bürgerrat bringen könnte, und legten die Étude de faisabilité d'un dispositif délibératif permanent à l'échelle nationale vor. Den Autoren zufolge könnte ein nationaler Bürgerrat die Demokratie stärken und dem Vertrauensverlust in die Demokratie entgegenwirken; die Nachfrage nach partizipativen Formaten sei zudem durch Umfragen bestätigt worden. Als Paradebeispiel für Bürgerbeteiligung nennt die Studie den Bürgerrat von Eupen. Dort wurden erstmals 2020 per Zufallsprinzip 24 Bürger/innen dauerhaft in ein permanentes Gremium gewählt. Dieses organisiere Bürgerversammlungen, in denen Empfehlungen an die Politik erarbeitet würden. Um sich möglichst gut aufzustellen, nahm das Parlament in Ostbelgien Kontakt mit der Gruppierung G1000 auf, einem „Bürgergipfel“, der von dem Autor und Historiker David Van Reybrouck gegründet wurde. Der G1000 sollte Anregungen für die nationale Politik in Brüssel formulieren, indem zufällig ausgewählte Bürger über nationale Prioritäten beratschlagten – nach dem Prinzip der Losverfahren statt der Repräsentation durch gewählte Politiker.

In einem solchen Bürgerrat sieht Jürgen Stoldt ein Instrument, um Bürger zu ermächtigen, sich begründete Urteile zu bilden, indem sie mit unterschiedlichen Personen rund um bestimmte Themen in einen geordneten Dialog treten. „Anders als für die von André Bauler aufgezählten Interessengruppen, geht es bei einer Deliberation unter gleichberechtigten Bürgern nicht um die Durchsetzung von Eigen- oder Partikularinteressen, sondern das Gemeinwohl rückt ins Zentrum.“ Auch im Parlament sei das Gemeinwohl nur bedingt ausschlaggebend, da Politiker häufig sondieren, welche Interessengruppe am meisten und am effizientesten Druck ausübt. Es sei nun aber auch nicht so, dass gewählte Mandatsträger ihrer Macht oder Verantwortung enthoben würden – „Politische Entscheidungen werden weiterhin am Ende getroffen, doch die politische Ebene muss begründen, weshalb sie Vorschläge aus dem Bürgerrat ablehnt.“

Als weitere Teilhabemöglichkeit wurden 2014 die Online-Petitionen eingeführt – und von der Dreierkoalition als politisches Novum gefeiert. Ihr Ursprung geht zum Teil auf den Ombudsmann Marc Fischbach zurück, der diese Möglichkeit bereits 2009 in einem Jahresbericht vorgeschlagen hatte. „La démocratie a (...) besoin des idées et suggestions venant d'en bas“, schrieb Fischbach. Wer mindestens 15 Jahre alt ist und eine luxemburgische Sozialversicherungsnummer besitzt, kann eine Petition auf der Website der Kammer einreichen – deren Inhalt muss jedoch zwingend ein allgemeines Interesse vertreten. Der Politikwissenschaftler Michel Dormal bescheinigte im *Forum* großes Interesse an dem Instrument: Im ersten Jahr wurden 127 Petitionen eingereicht; die häufigsten Anliegen betrafen Verfassungs- und Mobilitätsfragen.

Offenbar kommt es häufig jedoch zu keiner nachhaltigen Aufarbeitung der Petitionsanliegen, selbst wenn die politische

Der Politikwissenschaftler Jürgen Stoldt sieht im Bürgerrat ein Instrument, um Bürger zu ermächtigen, sich begründete Urteile zu bilden

Seite Interesse bekundet. So titelte das *Wort* diesen Mittwoch „Eine erfolgreiche Petition endet für den Initiator in Frust“. 2019 reichte der Ingenieur David Kieffer von der Asbl „Refill Lëtzebuerg“ eine Petition für ein „Recht auf Leitungswasser“ in der Gastronomie ein – wobei er offenbließ, ob und in welcher Höhe ein Entgelt erhoben werden sollte. Die Petition sammelte 5 114 Unterschriften. Die Minister Lex Delles und Carole Dieschbourg versprochen, zunächst eine Sensibilisierungskampagne zu lancieren, der bei unzureichender Wirkung ein Gesetz folgen solle. Vor zwei Jahren versuchte Kieffer, sich bei der CSV-Vizepräsidentin der Petitionskommission, Nancy Kemp-Arendt, über den Fortgang der Initiative zu erkundigen – seine E-Mails aber blieben unbeantwortet. Arendt erklärte später gegenüber dem *Wort*, sie könne sich an keine entsprechende Nachrichten erinnern, und verwies darauf, dass sie nach der Debatte in der Kammer für die daraus resultierenden Versprechen nicht mehr zuständig sei. 2025 gab der Verein „Refill“ schließlich auf; es fehle „der Glaube an den politischen Willen jenseits von Worthülsen“, so die Begründung.

Dennoch schreitet der politische Modernisierungsprozess voran. Zwar nicht auf nationaler Ebene, sondern auf kommunaler: In Esch/Alzette traf sich im Rathaus vor zwei Wochen zum ersten eine *Assemblée citoyenne* aus 40 ausgelosten Gemeindeeinwohnern. 10 000 Einladungen gingen für diesen Bürgerrat raus, auf die 551 Personen antworteten – von diesen wurden schließlich nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Nationalität und Bildungshintergrund Räte gewählt. Diese erste Sitzung galt als Kennenlernphase, nun soll über mehrere Monate über die künftige Stadtentwicklung beraten werden (Parkanlagen, Straßen, öffentliche Treffpunkte). Informations-, Lern- und Beratungsphasen in kleinen Gruppen sind geplant. Dem *Tageblatt* sagte CSV-Bürgermeister Christian Weis, bei einem Bevölkerungswachstum von aktuell 38 000 Einwohnern auf 50 000 in den nächsten 15 Jahren, sei ein solcher Prozess von Nutzen, betonte Weis. Auf die unterbreiteten Ideen der *Assemblée* soll es von der Politik eine Antwort geben, versprach Weis. Im Escher Rathaus sitzt offenbar eine andere CSV als am *Krautmaat*. ●

B L O G



PERSONALIEN

Marc Spautz,

CSV-Arbeitsminister, will sich nicht vorhalten lassen, in seinem neuen Amt seine Seele als Gewerkschafter und letzter Überlebender des sozialen Flügels der CSV verkauft zu haben. In einem *Tageblatt*-Interview am gestrigen Donnerstag musste er auf die Bemerkung reagieren, als Minister sei er nun „auf Linie gebracht“ worden, dadurch klinge die Kritik von OGBL und LCGB an der Politik der Regierung

„weniger glaubhaft“. Spautz entgegnete, dass „vor allem die Kritik oder besser die Befürchtungen des Patronats für weniger glaubhaft genommen werden“ müssten (Foto: sb). ^{PF}

Luc Frieden,

CSV-Medienminister, legt „als Bürger, als Politiker und als Minister, in dessen Zuständigkeitsbereich die Medien fallen, großen Wert auf eine freie, pluralistische und professionelle Presse“. Denn die stelle „eine unverzichtbare Säule jeder Demokratie“ dar. Er machte dieses Bekenntnis auf eine parlamentarische Anfrage der grünen Abgeordneten Sam Tanson und Djuna Bernard hin. Die wollten wissen, ob er seine Bemerkung bei einer Diskussionsrunde in der Philharmonie vorige Woche für „angemessen“ für den

Medienminister hält. Er hatte sich dort „mehr *Paperjams*“ gewünscht, weil „bestimmte Medien und vielleicht auch die Öffentlichkeit im Allgemeinen sich von neuen Konflikten hier und da in den Bann ziehen“ ließen. Man sollte sich deshalb „nicht zu sehr auf das konzentrieren, was man in bestimmten Medien liest“. ^{PF}

POLITIK

Les ONGD très inquiètes

La déclaration annuelle du ministre de la Coopération et de l'action humanitaire Xavier Bettel (DP), le 18 mars à la Chambre, puis les débats qui ont suivi le lendemain, pourraient remettre en question la politique de l'aide luxembourgeoise au développement. Le Vice-premier ministre souhaite remettre en cause le

principe d'additionalité, qui implique que le un pour cent du revenu national brut alloué à l'aide au développement ne prenne pas en compte le financement climatique international et l'accueil des réfugiés. Or Bettel a l'idée de fusionner les trois, ce qui serait une perte sèche énorme pour les ONGD. « Une telle orientation pourrait entraîner une réduction allant jusqu'à un quart de l'aide publique au développement », soutenait le Cercle de coopération des ONGD dans un communiqué publié le 20 mars. Depuis, le flou subsiste. La nouvelle stratégie n'est pas publiée et le député Déi Lénk David Wagner attend toujours la réponse à une question parlementaire qu'il a envoyée le 26 janvier. Mardi, lors de son assemblée générale, le Cercle de coopération des ONGD a voté à l'unanimité une résolution pour



défendre l'additionnalité (photo : sb). ^{EN}

Manger sain

La ministre de l'Agriculture et de la Protection des consommateurs, Martine Hansen (CSV), a présenté jeudi matin son Plan d'action national Alimentation 2026-2030. Quatre axes principaux ont été arrêtés : promouvoir une alimentation équilibrée ; renforcer la visibilité des produits régionaux, bio-régionaux et de saison ; lutter contre le gaspillage alimentaire et assurer la sécurité et la souveraineté alimentaire. Un grand nombre de mesures proposées portent sur le développement de campagnes de communication. À l'image du Plan d'action national Bio porté par la même ministre, celui-ci pêche par l'absence d'objectifs quantifiés. Hormis ceux imposés par les directives européennes, aucun indicateur de résultats n'est annoncé. Par exemple, le plan assure vouloir augmenter l'utilisation de produits locaux dans la restauration collective ou réduire les inégalités alimentaires, mais il n'indique pas comment les efforts et les résultats seront jugés. Le calendrier, qui évoque le « court terme », le « moyen terme » et le « long terme » ne pose pas de balises claires. Comment le comité exécutif jugera l'avancée d'une mesure ? Certaines intentions sont repoussées à un futur

lointain. Les résultats d'une étude de consommation n'arriveront par exemple qu'en 2031. Il est également notable qu'il ne soit nulle part question de la contamination chimique des aliments. Le mot « pesticide » est totalement absent du plan. La problématique est pourtant très actuelle. ^{EN}

WIRTSCHAFT

Hochlohnland

In Luxemburg waren vergangenes Jahr die Arbeitskosten pro Stunde mit im Schnitt 56,80 Euro die höchsten in der EU, vor Dänemark (51,70 Euro) und den Niederlanden (47,90). Die Statistik veröffentlichte Eurostat diese Woche. Dabei sind mit 49,70 Euro auch die reinen Lohnkosten hierzulande die EU-weit höchsten, denn die Nicht-Lohnkosten (*non-wage costs* im Eurostat-Jargon) haben am Total nur einen Anteil von 12,4 Prozent, was der EU-weit fünftniedrigste ist. Nicht berücksichtigt werden von Eurostat die Land- und Forstwirtschaft sowie der öffentliche Dienst. In die *non-wage costs* geht nur der Arbeitgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge ein, sowie eventuelle Zusatzleistungen der Betriebe für Beschäftigte, wie zum Beispiel Einzahlungen in Betriebsrentenpläne. ^{PF}



Sven Becker

Weiter für vier Jahre

Die Beihilfen beim Kauf von Elektro-Autos, elektrischen Motorrädern und Fahrrädern sollen bis Ende Juni 2030 verlängert werden. Umweltminister Serge Wilmes (CSV) hat dazu im Parlament einen Gesetzentwurf deponiert.

Dass dieses Beihilfenregime, der *Klimabonus Mobilitéit*, der Ende Juni dieses Jahres ausgelaufen wäre, um vier Jahre und damit sogar in die nächste Legislaturperiode hinein verlängert werden soll, ist neu. Doch weil die Elektro-Autos 2025 mit einem Anteil von 27 Prozent an den PKW-Neuzulassungen auf dem Niveau von 2024 stagniert haben, hält die Regierung das für angebracht. Außerdem soll ab Anfang 2027 – zunächst für Privtkund/innen – die Beihilfe direkt an den Händler fließen können. Der zieht sie dann vom Verkaufspreis ab. Diese Vorfinanzierung – der Gesetzentwurf verheißt, das sei wie bei der Vorfinanzierung von Solarstrom

– müssten die Käufer/innen bei der Umweltverwaltung mit einem Online-Formular beantragen.

Die Staatskasse soll sich den verlängerten *Klimabonus Mobilitéit* einiges kosten lassen. Mit insgesamt 336 Millionen Euro bis Mitte 2030 rechnet die Regierung. Sie geht davon aus, dass bis dahin und mit Hilfe der Prämie der Elektro-Anteil an den PKW-Neuzulassungen auf 50 Prozent zunimmt.

Was vielleicht klappt. Auch wenn man bedenkt, dass Batterie-Autos derzeit vor dem Hintergrund des Krieges im Nahen Osten und der hohen Preise vor allem für Diesel unvermutet interessanter geworden sind. Aber eigentlich lautet das Ziel im Nationalen Energie- und Klimaplan (Pnec), bis 2030 den gesamten PKW-Bestand auf 49 Prozent Elektro-Anteil zu bringen. Das erscheint fraglich, auch mit verlängertem *Klimabonus Mobilitéit*. Ende 2025 wurden neun Prozent erreicht. ^{PF}



Laurent Schley

Beaver believers

IIII Erwan Nonet

Le retour du castor est une excellente nouvelle pour les rivières, mais il nécessite une approche pragmatique pour éviter les conflits. Exemples avec les CFL et la commune de Mamer

En une vingtaine d'années seulement, les castors ont repeuplé pratiquement toutes les rivières du pays

Depuis une vingtaine d'années et après plus d'un siècle d'absence, les castors sont de retour au Luxembourg. En peu de temps, ils ont recolonisé presque toutes les rivières du pays et construit moins 300 barrages un peu partout. Ces bâtisseurs avaient disparu au XIX^e siècle, chassés pour leur fourrure, leur castoréum (une substance odorante produite par une glande et utilisée dans la parfumerie) et aussi parce que l'Église avait décrété que, puisqu'ils vivaient dans l'eau, ils pouvaient être considérés comme un poisson et consommé le vendredi.

Besogneux et costauds avec leurs vingt à trente kilos, les castors sont des ingénieurs de l'environnement qui recréent des zones humides partout où ils s'installent. Mais leur goût pour la construction peut aller parfois à l'encontre des intérêts des propriétaires chez qui ils s'installent. Pour que tout se passe au mieux, le maître mot est l'anticipation. L'Administration de la nature et des forêts (ANF) est en charge de ce dossier, comme l'explique au *Land* Laurent Schley, chef du service Faune sauvage et chasse : « En général, les gens sont compréhensifs mais il faut aussi se mettre à leur place. Si un barrage cause des inondations qui bloquent des routes ou inondent leurs champs, il faut comprendre leur agacement ».

Pour avoir un coup d'avance, l'ANF effectue un monitoring le plus extensif possible. Par exemple avec les CFL, très concernés par le sujet. Les voies ferrées filent souvent le long des points bas, c'est-à-dire en fond de vallée, à proximité

Les castors sont des animaux qui ont le sens de l'effort utile

de rivières dont le cours a souvent été rectifié pour faciliter l'installation des rails. Par endroits, des tunnels ou des buses sont placés sous les voies pour laisser passer les cours d'eau ou anticiper les inondations en permettant aux rivières de sépancher dans des bras morts. Or les castors sont des animaux qui ont le sens de l'effort utile. Réaliser un barrage à l'entrée de ces ouvertures est la garantie de créer rapidement une mare dont la hauteur d'eau sera suffisante pour cacher l'entrée du terrier qui mènera à sa hutte.

Un employé des CFL se charge de cette problématique, car l'affaire est sérieuse. « Les inondations à proximité des voies ferrées peuvent causer des infiltrations d'eau dans la plateforme, ce qui pourrait la déstabiliser », explique le service de communication. Des rondes régulières sont donc organisées pour vérifier les infrastructures.

Dès qu'un barrage potentiellement mal placé est repéré, les CFL appellent l'ANF. « Nous combinons nos analyses environnementales et techniques pour trouver les meilleures solutions », expliquent les chemins de fer. Des systèmes de drainage peuvent être installés et, dans les cas extrêmes, les barrages peuvent être détruits. Tout cela doit se faire en règle avec le ministère de l'Environnement puisque les castors sont une espèce strictement protégée. Il est rigoureusement interdit de les tuer et de détruire leur habitat, sauf autorisation spéciale.

Dans les secteurs agricoles, l'eau retenue par les barrages de castors peut aussi submerger des terres cultivées ou pâturées. C'est le cas à Mamer. Encore une fois, le savoir-faire des castors épate. Frank Sowa pilote ce dossier pour le Sicona, le syndicat qui porte les questions environnementales de 43 communes du quart sud-ouest du pays. Il explique qu'à cet endroit, autrefois, existait une grande zone humide. Pour assécher ces terres fertiles, le lit de la Mamer a été contraint dans la deuxième moitié du siècle dernier. L'efficacité de la procédure était toutefois relatif, puisque cette plaine a toujours été régulièrement inondée, même avant l'arrivée des castors.

Lors de l'élaboration du deuxième cycle de la directive-cadre sur l'eau (2015-2021), ce site précis avait été proposé (mais pas retenu) pour la réalisation d'une grande zone humide. « Nous avons besoin de recréer de grands espaces inondables, parce que certaines espèces ne s'installent que si elles ont beaucoup de place. Un couple

de bergeronnettes, par exemple, a besoin d'une zone humide d'au moins deux hectares pour s'installer. Cet endroit serait idéal pour un tel projet, les castors ont eu la même idée que nous ! » Depuis, l'idée est restée dans les cartons, priorité ayant été donnée à des sites où les travaux étaient réalisables plus rapidement. Où la main publique possédait déjà les terrains, typiquement.

Actuellement, la Mamer s'étend dans la plaine et, selon l'intensité des pluies, une belle mare ou un vaste étang est visible. L'eau recouvre des prés, devenus inutilisables, et trempe aussi les pieds d'un pylône supportant une ligne à haute tension. Les agriculteurs sont dédommagés par l'intermédiaire d'un contrat Biodiversité, qui les subventionne à hauteur de la perte de revenus.

L'ANF, l'Administration de la gestion de l'eau (AGE) et le Sicona se sont déjà rencontrés pour évoquer la situation. Sans surprise, ils souhaitent tous garder le barrage et les castors. Mais il faut encore déterminer le meilleur moyen pour y parvenir. La solution la plus simple serait d'acheter les terres concernées, mais qui s'en chargera ? Lors des discussions préliminaires, la commune a fait savoir qu'elle n'en avait pas l'intention. Roger Negri, le premier échevin socialiste (qui détient notamment les ressorts de l'environnement et de l'agriculture) estime face au *Land* que « les communes ne peuvent pas gérer toutes seules ce phénomène nouveau, l'État doit être impliqué en premier lieu ». D'autant que cela lui permettra de répondre aux exigences du Plan national de protection de la nature (PNPN), qui

demande expressément de protéger ce type de sites (zones humides, zones inondables naturelles, tourbières...) et même d'en créer de nouveaux.

Une réunion en haut lieu a été demandée, mais la demande reste pour l'instant sans réponse. Le ministère a confirmé au *Land* qu'aucun rendez-vous n'était actuellement fixé, mais que ses services travaillaient sur le dossier pour être en mesure de proposer prochainement des mesures concrètes. « Si l'on n'a toujours pas de réponse au printemps, nous les relancerons », fait savoir Roger Negri.

Plus au nord, du côté de Bigonville, Laurent Schley nous guide pour aller découvrir ces castors de près. Il emprunte un chemin de terre pour rejoindre le fond du vallon creusé par une toute petite rivière, la Schwärzerbaach. Large d'environ un mètre, bien calée entre ses rives tranchées, elle file vite et droit vers le lac de la Haute-Sûre. Quand la piste pénètre dans la forêt, les pentes sont de plus en plus escarpées. Une centaine de mètres plus loin, le ruisseau apparaît en contrebas et quelques minutes plus tard, le biologiste remarque les premiers signes de la présence des castors. Sous le couvert forestier sombre, la couleur claire des copeaux de bois frais au pied d'un tronc sur le point de tomber signe l'activité des rongeurs. « Vous avez vu, ils utilisent la pente pour faire glisser les troncs jusque dans l'eau », fait-il remarquer en montrant du doigt des couloirs formés par ces passages répétés. En hiver, les castors se nourrissent de l'écorce et ils se servent du bois pour monter ses constructions. En été, ils mangent toutes sortes de plantes et de jeunes pousses.

Une cinquantaine de mètres plus loin, le paysage change radicalement. Le petit ruisseau au débit rapide s'est transformé en grande mare tranquille. Le barrage se révèle alors. Un amas de branches soigneusement disposé, presque tressé, large d'une bonne quinzaine de mètres et haut de 1,50 mètre est érigé juste avant un petit pont. « Les castors sont malins, ils utilisent toujours au mieux les caractéristiques du terrain pour que leurs barrages soient les plus efficaces possible », souligne le scientifique.

Le ruisseau poursuit gentiment sa route en aval jusqu'à un deuxième barrage, beaucoup plus grand

celui-là. Celui en amont ayant été construit après celui en aval, il est sûrement l'œuvre des enfants du couple qui habite en contrebas. « À l'âge de deux ans, généralement, les jeunes castors quittent leurs parents pour s'installer ailleurs », précise Laurent Schley. Cela peut être à cent mètres, comme à cinquante kilomètres ou plus. Au Luxembourg, aucune étude n'a encore été menée pour déterminer les déplacements des castors.

Avec ce grand barrage, pour le coup, les castors n'ont pas joué la carte de la facilité. Plus que du pragmatisme, ils ont ici visé le gigantisme. La structure se trouve juste derrière la confluence de la Schwärzerbaach et d'un autre petit ruisseau sans nom. Long d'environ 80 mètres, haut de deux, le barrage est si impressionnant qu'on le repère sans problème sur le Geoportail. « Quand les étés sont secs, les deux cours d'eau ne sont plus alimentés mais le lac, lui, est toujours là. Ces deux barrages changent considérablement le biotope de cette vallée, qui a été complètement dynamisée. C'est très positif pour la biodiversité ! »

En amont de ces structures, le courant de la petite rivière est trop rapide pour que quiconque y trouve un habitat. Les rives taillées à la serpe illustrent une forte érosion. La force de l'eau lessive les sédiments qui partent dans le courant. Mais grâce aux barrages, l'eau est ralentie et s'étale à son aise au-delà des rives. Les batraciens (crapauds communs, grenouilles rousses, tritons alpestres, tritons palmés...) ont rapidement colonisé ces nouvelles zones humides. Les libellules et une foule d'autres insectes s'y sentent chez eux. Les poissons peuvent s'y reproduire : les amas de branches forment un excellent abri pour les alevins et les adultes peuvent même profiter de l'entrée des terriers de castors pour se cacher. La nature est ainsi faite que leurs prédateurs n'ont pas perdu de temps pour repérer ce nouveau garde-manger. Friandes d'insectes, les chauves-souris ont trouvé de parfaits habitats dans les arbres morts au milieu des nouveaux étangs. Les oiseaux, qu'ils se nourrissent d'insectes ou de poissons, n'ont pas mis longtemps pour arriver non plus. Même la végétation tire profit de l'éclaircissement de la forêt, créé par la coupe des arbres. Plus claire, la forêt se régénère avec davantage de diversité. C'est tout un cycle vertueux qui est ainsi relancé.

Selon Laurent Schley (ANF), la valeur monétaire du travail des castors pour reconstruire des zones humides se situe entre 7,5 et trente millions d'euros, fourchette basse

Ces zones humides sont d'autant plus précieuses que ces biotopes sont rares. Le rapport 2007-2009 de l'Observatoire de l'environnement naturel indiquait qu'entre 1962 et 1999, plus de 80 pour cent des zones humides avaient été détruites. Le Statec précisait en 2025 qu'elles ne couvraient plus que 0,3 pour cent du territoire. Il est écrit dans le troisième Plan national de protection de la nature, celui en cours aujourd'hui, que la restauration des zones humides est « un levier essentiel pour la biodiversité et l'adaptation au changement climatique ». Il souligne qu'« une accélération des efforts [...] est urgente, notamment au niveau des milieux ouverts et des zones humides ».

Les communes (via leurs syndicats en charge de l'environnement, comme le Sicona et le Sias), l'ANF ainsi que les ONG, portent régulièrement des projets de création de mares pour activer de petites zones humides. Ces efforts sont nécessaires, mais les castors sont bien plus efficaces. Pour le *Land*, Laurent Schley a effectué le calcul. Le pays compte autour de 300 barrages de castors, qui ont créé des étangs et des zones humides en amont (par la rétention de l'eau) et en aval (par l'élargissement des rives, causé par le ralentissement du débit). Leurs superficies sont très variables, puisqu'elles dépendent de la topographie,

des dimensions du barrage et de l'envergure du cours d'eau. Ses estimations tablent sur des surfaces comprises, en moyenne, entre 10 et 20 ares, ce qui correspond aux études scientifiques menées à l'étranger. « Cela nous donne donc une surface totale de zones humides créées par les castors de 30 à 60 hectares dans l'ensemble du pays ».

Or reconstruire des zones humides coûte cher. L'ANF et les syndicats de communes tablent sur un coût moyen de 2 500 à 5 000 euros l'are quand ce sont eux qui s'y collent. Partant de cette estimation, Laurent Schley estime que la valeur monétaire du travail des castors se situe entre 7,5 et trente millions d'euros. Et encore, cette fourchette ne prend en compte que la création des habitats. « Il faudrait ajouter l'économie des frais de gestion annuels que le castor gère aussi lui-même, les effets positifs sur la qualité de l'eau (car les barrages filtrent les déchets et la sédimentation piège les polluants), sans compter la contribution à la protection contre les crues par la rétention de l'eau », souligne le biologiste qui voit dans le castor un allié extrêmement précieux pour la mise en œuvre du PNPN.

Qui plus est, l'animal a le bon goût de ne pas être trop regardant sur la qualité de l'eau dans laquelle il vit. Rappelons que le Luxembourg est le cancre européen en la matière. Selon l'AGE, aucune masse d'eau de surface n'est en bon état. Mais cela ne gêne pas le castor. De nombreuses études européennes et américaines détaillent la présence des castors dans des régions fortement peuplées ou industrialisées. Des taux importants de pesticides ou de métaux lourds ont pu être mesurés dans leurs corps sans que l'on puisse déceler des signes d'empoisonnement ou que l'on constate un déclin de leur population.

Aux États-Unis, les *beaver believers* constituent une large cohorte d'hommes et de femmes passionnés, qui vouent leur vie aux castors. Soit pour amour de l'animal, soit parce que les bienfaits qu'il octroie dès qu'il s'installe sont profitables à leur activité. De grands programmes de réintroduction sont menés depuis des décennies pour repeupler des rivières dans lesquelles ils ont été autrefois exterminés. Au Luxembourg, il n'y a même pas eu besoin de ces efforts, les castors sont revenus deux-mêmes. Un allié aussi utile et résilient mérite bien que l'on fasse un peu d'efforts. ●



Le barrage en amont de la Schwärzbaach, à Bigonville

olivier.haefliger

ZUFALLSGESPRÄCH
MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Die Methode

„Hei ass et drëm gaang, fir iwer e Rechemodus ze schwätzen.“ Spielte Arbeitsminister Marc Spautz den Streit um eine Mindestloohnerhöhung herunter (RTL, 29.3.26). Er habe sich auf die „Médiane vum Kaitz“ berufen. „Dir kënn schwätzen vun der Médiane no Kaitz. [...] Dass et déi vun der... no der Kaitz-Method ass, dass dat déi richteg ass.“

Vor sieben Monaten brachte der damalige Arbeitsminister Georges Mischo einen Gesetzentwurf ein. Um die europäische Mindestlohnrichtlinie umzusetzen. In keinem der parlamentarischen Dokumente fällt der Name Kaitz. Nun ist er der neue Held im Arbeitsministerium.

Hyman Benjamin Kaitz (1916-1996) war ein Abteilungsleiter im US-Büro für Arbeitsstatistiken. 1970 steuerte er im Bulletin Nummer 1657 des Büros ein Kapitel bei über Mindestlohn und Arbeitslosigkeit unter jungen Männern und Frauen, „Negroes and other races“ (S. 38). Er schlug vor, den Mindestlohn an einer „weighted average wage rate“ zu messen (S. 34). Nachfolger nannten das „Kaitz-Index“. Marc Spautz kehrt den Index in eine Methode.

Die EU-Richtlinie könnte eine strukturelle Erhöhung des Mindestlohns erfordern. Sie lässt die Wahl der Berechnungsmethode offen: 60 Prozent des Medianlohns, 50 Prozent des Durchschnittslohns, die Armutsgrenze, die Kaufkraft (§ 28). Letztere käme der Erstattung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft am nächsten.

CSV, DP wollen den Mindestlohn nicht weiter erhöhen. Die Leute, die am härtesten arbeiten und am wenigsten verdienen, sollen sich mit der traditionellen Anpassung an die Lohnentwicklung, an den Index zufriedengeben. Die Anpassung an die Lohnentwicklung ist seit 53 Jahren Gesetz. Indexanpassungen sind keine Lohnerhöhungen, sie verhindern Reallohnverluste durch die Inflation.

Um eine strukturelle Erhöhung zu verhindern, sucht Luc Friedens Arbeitsminister die passende Berechnungsmethode: Er misst den Mindestlohn nicht am Durchschnittslohn. Sondern am niedrigeren Medianlohn. Obwohl der Mindestlohn alle zwei Jahre an die Entwicklung des Durchschnittslohns angepasst wird. Nicht des Medianlohns (Gesetzentwurf 8459, S. 2).

Damit der Medianlohn noch niedriger ausfällt, berücksichtigt der Arbeitsminister keinen 13. Monat, keine Überstundenzuschläge, Sonntagszuschläge, Gratifikationen. Obwohl der Mindestlohn stets angepasst wird an die Entwicklung des „salaire annuel régulier y compris toutes les rémunérations accessoires telles les gratifications, pécules de vacances et autres“ (Gesetzentwurf 8459, S. 13). Denn „les gratifications contribuent à élever le niveau de vie du salarié, et doivent donc être prises en considération pour l'évaluation du pouvoir d'achat des salariés“ (Rapport final du groupe de travail chargé d'examiner le mécanisme de l'ajustement des pensions et de l'adaptation du salaire social minimum, 1994, S. 6).

Zahlen lügen nicht. Es reicht, die passenden auszuwählen. „[L]a promesse d'un gouvernement impersonnel“, meint Alain Supiot, „est venue à prendre aujourd’hui la forme d'une gouvernance par les nombres“ (La Gouvernance par les nombres, Paris 2015, S. 22).

Die Regierung steht Geschäftsfrauen, Gastwirten näher als Verkäuferinnen, Kellnern. Vor der Wählerschaft versteckt sie sich hinter wissenschaftlicher Autorität. Um politische Entscheidungen unanfechtbar zu machen. Die ökonomische Interessenlage objektiv, neutral zu verschleiern.

Die Generalinspektion der sozialen Sicherheit kommt der Regierung mit Rechenkunst zur Hilfe. Sie liefert eine „Analyse comparative des indicateurs utilisables“ (Cahier méthodologique, Nr. 7). Oberflächlich diskutiert sie die Für und Wider der benutzbaren Indikatoren. Sie hält schnell die für Mindestlohnbezieher kostspieligste Rechenmethode für die richtige. Die für Unternehmer kostengünstigste: „[L']IGSS préconise le recours à l'indice de Kaitz, [...] parce qu'il offre les meilleures garanties pour assurer une comparaison dans le temps caractère adéquat du SSM“ (S. 2). Was immer das heißen mag. ● ROMAIN HILGERT

Pas encore né, déjà périmé

IIII Erwan Nonet

La publication de l'étude d'empreinte environnementale (EIE) du datacenter de Google à Bissen était un préalable au possible développement d'une infrastructure désirée depuis 2017 par le gouvernement. Alors que la consultation publique de l'épais dossier s'est achevée le 27 mars, le Méco a déposé le jour même un recours très documenté. Il regrette en particulier que Google use de l'argument du secret commercial et industriel pour ne pas dévoiler, entre autres, « la philosophie de conception » ou « les données énergétiques confidentielles ». Selon les conseillers juridiques du mouvement, les arguments justifiant cette clause de confidentialité sont légers. Des jurisprudences européennes ont déjà donné le droit au public d'obtenir ce type d'informations environnementales.

Parmi les nombreux points d'achoppement relevés, celui de la consommation énergétique de l'infrastructure est essentiel. Selon le Méco, le datacenter consommerait quinze pour cent de l'électricité utilisée au Luxembourg (soit plus que la totalité des ménages du pays), sans préciser la part de renouvelable utilisée.

Très étonnant, Google reconnaît noir sur blanc que le datacenter qu'il projette à Bissen sera bien plus énergivore que ceux qu'il construit ailleurs dans le monde. Il table sur un *power usage effectiveness* (PUE, l'unité de référence) de 1,3. Plus il se rapproche de 1 et plus il est vertueux. L'Agence internationale de l'énergie estime que le PUE moyen mondial pour les datacenters est de

1,15. Google lui-même publie que son parc mondial affiche un PUE moyen de 1,09. En conséquence, ses ambitions sont de construire dans la campagne luxembourgeoise un datacenter technologiquement dépassé.

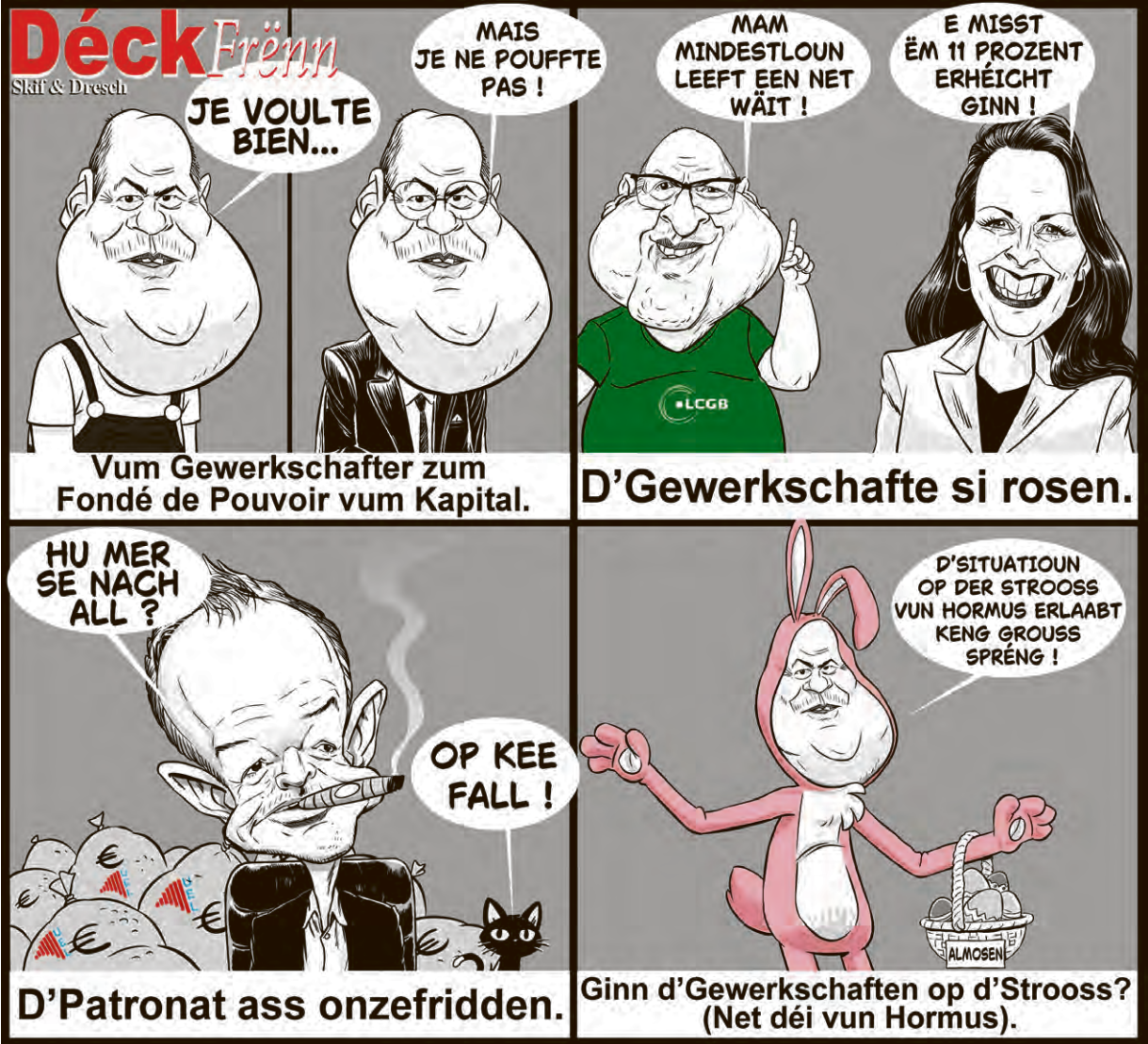
Il est frappant de constater que presque aucune considérations environnementales n'ont été retenues. Y compris celles qui paraissent les plus évidentes. Ainsi, il n'est écrit nulle part dans l'EIE que la chaleur dégagée par l'installation sera réutilisée pour chauffer les bureaux. En cas de rupture d'alimentation en électricité, Google a choisi un surdimensionnement du nombre de générateurs diesel plutôt qu'un système hydride basé sur un grand nombre de batteries et un parc diesel réduit. De plus, le géant américain a prévu d'étanchéfier totalement le site (12 hectares), refusant de créer des parkings ou des toits végétalisés.

Comme l'a écrit *Paperjam* jeudi matin, la Commission européenne est sur le point de créer un label énergétique pour noter les datacenters en fonction de leur consommation d'énergie et d'eau, leur utilisation des énergies renouvelables et la revalorisation de la chaleur. Comme l'étiquette collée sur les appareils ménagers, le *Data centre energy efficiency package* pourrait être lancé dès cette année. Pour obtenir un « A », une valeur égale ou inférieure à 1,15 serait requise. Bissen en est loin et, pour le Méco, cela pourrait expliquer l'empressement soudain de Google pour obtenir l'autorisation de construire.

Après l'arrivée du label, les normes seront plus contraignantes.

Google s'est trouvé un avocat zélé en la personne de Paul Konsbruck, le CEO de LuxConnect, opérateur de datacenters détenu à cent pour cent par l'État luxembourgeois. L'ancien chef de cabinet de Xavier Bettel (DP) au ministère d'État (avant qu'il rejoigne LuxConnect), invité sur RTL lundi dernier, a déroulé un discours sur mesure pour défendre le projet de Bissen. Impliqué dans ce dossier lorsqu'il travaillait pour le gouvernement (Bettel était aussi ministre de la Digitalisation), il a notamment déclaré qu'il préférerait que ce datacenter soit situé au Luxembourg plutôt que dans un pays qui ne disposerait pas d'un cadre légal à la hauteur. Il a également soutenu que la consommation électrique avait été surévaluée par le Méco et que la récupération de chaleur n'était pas une option efficace. Dans son avis, le mouvement écologique énumérait plusieurs projets européens qui démontraient qu'il s'agissait d'une solution opérationnelle réaliste.

L'argument de Konsbruck selon lequel la création de ce datacenter ferait du bien à l'image du pays, « en tant que hub numérique européen », paraît difficile à entendre. Quel bénéfice réputationnel tirerait-on d'une infrastructure surannée, qui ne répondrait pas aux critères de modernité actuels et qui serait en totale inadéquation avec les problématiques du changement climatique et des nécessaires économies d'énergie à réaliser ? ●





Archiv Patrick Galbats

Wirtschaft

Die Neuen im System

|||| Peter Feist

Was bringen Ärztesgesellschaften? Ein lange versprochener Gesetzentwurf ist nun da. Er setzt sie Anwaltsfirmen gleich

Am 15. Januar deponierte CSV-Gesundheitsministerin Martine Deprez im Parlament Gesetzentwurf 8685. Es ist der Text über *Dokteschgesellschaften*. Der Ärzteverband AMMD hatte mit Ungeduld darauf gewartet, für ihn sind die Gesellschaften eine Priorität. Für die Regierung eigentlich auch: Im Koalitionsvertrag haben CSV und DP abgemacht, „au plus vite possible“ dafür zu sorgen. Das ist Teil ihrer Wahlkampfversprechen auf „Freiheit für die Privatinitiative“ in der Gesundheitsversorgung. Genauer, für die Schaffung eines *secteur extrahospitalier*, in dem die Privatinitiative sich entfalten soll. Wodurch das Angebot breiter, der Zugang zum Arzt leichter und die Wartezeiten kürzer würden.

Zweieinhalb Monate nach dem Depot des so prioritären Gesetzentwurfs wird darüber noch kaum diskutiert. Aber vermutlich kommt das noch. Die AMMD ist mit dem Text unzufrieden. Der Krankenhausverband FHL hat eine Reihe Bedenken. Abgeordnete hatten sie Ende Februar, als Martine Deprez den Gesetzentwurf im Kammerausschuss Santé & Sécu vorstellte. Der LSAP-Abgeordnete und Ex-Minister Mars Di Bartolomeo fand, das Ganze habe einen „Beigeschmack“, weil nicht nur die Bildung von zivilen Gesellschaften erlaubt werden soll, sondern auch von Handelsgesellschaften, also *sociétés commerciales*. Worin ja „Kommerz“ stecke. Diane Aehm von der CSV wunderte sich, dass der Text keine Kontrollinstrumente enthält und keine Sanktionsbestimmungen für den Fall, „dass jemand ein bisschen kreativ wird“.

Djuna Bernard hat ähnliche prinzipielle Bedenken wie Di Bartolomeo: „Ziel von Handelsgesellschaften ist die Erwirtschaftung von Gewinn. Das verträgt sich schwer mit der Deontologie der Ärzte“, sagte sie dem *Land* diese Woche. Außerdem könne man deren Tätigkeit „nicht eins zu eins auf die von Anwälten übertragen“. Womit sie darauf anspielt, dass Deprez' Gesetzentwurf sich stark am Anwaltsgesetz orientiert.

Er sei sogar „nahezu ein Copy-Paste“ des Anwaltsgesetzes, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der DP-Fraktion, Carole Hartmann. Das sei gut. „So kommen wir hoffentlich schneller voran.“ Denn das Gesellschaftengesetz sei ja nur „ein Element“ für den *secteur extrahospitalier*. Darüber hin-

aus müsse die Gesundheitsministerin noch mehr vorlegen, und die Hälfte der Legislaturperiode ist schon vorbei. Bedenken wegen Kommerz hegt Carole Hartmann keine.

Noch nie verboten

Gesellschaften zu gründen, war Ärztinnen, Zahnärzten, Psychotherapeuten und Tierärztinnen auch noch nie verboten. Auf diese vier Berufe bezieht Deprez' Gesetzentwurf sich. Es sind freie Berufe, Verfassungsartikel 35 garantiert ihnen diese Freiheit, die nur ein Gesetz einschränken kann. Gesellschaften zu bilden, schränkt ihnen keines ein.

Doch im Code de déontologie der Ärztinnen und Zahnärzte steht, „la médecine ne doit pas être pratiquée comme un commerce“. Der Psychotherapie-Kodex hält dasselbe fest. Sodass zu regeln wäre, wann es nicht um Kommerz ginge, wenn Ärztinnen eine Aktiengesellschaft gründen oder Psychotherapeuten eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Ein Blick ins Handelsregister zeigt, dass es mindestens eine Psychotherapie-SÄRL schon gibt. In der Veterinärmedizin sind Handelsgesellschaften bereits jetzt ausdrücklich erlaubt. Martine Deprez verspricht in Entwurf 8685 einen einheitlichen Rahmen für alle. Und sagte Ende Februar im Kammerausschuss: „Medizin ist kein Business. Da sind wir uns alle einig.“

Man kann sogar behaupten, dass ihr Gesetzentwurf weniger *business friendly* sei als der ihrer Vorgängerin von der LSAP. Paulette Lenert hatte dem Druck von AMMD und DP nachgegeben und sich von einem Autorenteam aus dem Ärzteverband, dem Collège médical und einer großen Anwaltsfirma einen ersten Gesetzes-Vorentwurf für Gesellschaften schreiben lassen. Den erweiterte sie später noch: Nicht nur Ärztinnen und Psychotherapeuten sollten Gesellschaften bilden können – um die Veterinärmedizin ging es damals nicht –, sondern auch alle anderen Gesundheitsberufe. Jene „certaines professions de santé“, mehr als 20 an der Zahl, vom Kiné bis zur Hebamme, die ebenfalls oft Freiberufler sind. Für sie gilt eigenes Gesetz, und der Conseil supérieur de certaines professions de santé fungiert als ihr Aufsichtsorgan. Ähnlich wie für Ärzte, Psychotherapeutinnen und Apotheker der Collège médical.

Wie Lenert das sah, sollten alle Berufe unter sich, vom Arzt bis zur Hebamme, Gesellschaften gründen und einander einstellen können. Eine Hebammen-SÄRL zum Beispiel hätte Gynäkologen genauso einstellen können wie eine Gynäkologen-SA Hebammen, oder eine von Kinés und Orthopäden gegründete SÄRL andere Kinés und Orthopäden. Der Freiheit zum Zusammenschluss und zur *embauche* sollten keine Grenzen gesetzt sein. Wie Martine Deprez heute, wollte auch Paulette Lenert Gesundheits-Gesellschaften, wenn sie Handelsgesellschaften wären, immer einen „caractère civile“ zuschreiben; die Ausnahme gibt es bisher nur für Anwaltsgesellschaften. Lenert wollte sogar das Recht zur Berufsausübung nicht nur persönlich an Ärztinnen, Kinés und so weiter erteilen lassen, sondern auch an die moralischen Personen, die von ihnen gegründet worden wären.

Ob das womöglich dazu geführt hätte, dass Ärzte oder andere Gesundheitsberufler als Anteilseigner und Geschäftsführer einer Gesellschaft ihren Angestellten hätten vorschreiben können, welche Medizin oder welche Therapien durchzuführen wären, damit das Gewinne abwirft, wurde in der vorigen Legislaturperiode nicht wirklich diskutiert. Ein Gutachten des Staatsrats zu Lenerts im Mai 2022 deponiertem Gesetzentwurf gab es bis zum Regierungswechsel nicht. Am heftigsten kritisierte der Krankenhausverband FHL Lenerts Text, vor allem wegen des *droit d'exercer* für moralische Personen. Das werde der Organisation der Spitäler überhaupt nicht gerecht, die Verträge mit einzelnen Ärzten und Gesundheitsberuflern eingehen. Außerdem stelle es das Verhältnis Arzt-Patient infrage. Der Gesetzentwurf sei „ein systemisches Risiko“ und gehöre zurückgezogen.

Das tat Martine Deprez ziemlich bald, nachdem sie ins Amt gekommen war: Lenerts Vorlage sei nicht kohärent und wäre beim Staatsrat vermutlich durchgefallen. Aufgefallen war an Lenerts Gesetzentwurf noch, dass er nur für Luxemburger Gesellschaften vorschrieb, dass allein Leute aus den Berufen Anteile zeichnen könnten. Das sollte Finanziere ausschließen. Für Gesellschaften aus dem EU-Ausland sollte das nicht gelten. Sonst, sagte sie dem *Land* damals, drohten Konflikte mit dem Freiheitsprinzip der Kapitalzirkulation in der EU.

Mit der Radiologie begann vor
knapp zehn Jahren die
Diskussion um Auslagerungen
aus den Kliniken

[Fortsetzung von Seite 9]

Große Rolle für den Collège médical

Zu ausländischen Gesellschaften sagt Martine Deprez' Gesetz-entwurf nichts. Weil er sehr deckungsgleich ist mit dem Anwalts-gesetz, ist er viel kürzer als der von Paulette Lenert, die in Frankreich geltende Bestimmungen übernehmen wollte. Die großen Prinzipien bei Deprez sind: Kein Recht zur Berufs-ausübung für moralische Personen. Keine Teilhaberschaft für Finanziers, sondern nur für Personen mit Berufsausübungs-recht. Die müssten den Beruf auch ausüben, und „eng Hand mat upaken an der Gesellschaft“, so Deprez im Februar in der Kammer. Alle müssen sich an die Deontologie halten. Und würden Ärzte in einer Gesellschaft angestellt, behielten sie auf jeden Fall ihre Unabhängigkeit; das ist bei angestellten Anwäl-tinnen auch so. Der Collège médical wird die Gesellschaften genehmigen müssen, wie er heute Assoziationen von Ärzten und von Psychotherapeutinnen genehmigt, die es auch wei-terhin geben soll. Überhaupt soll der Collège médical alles überwachen. So, wie der Barreau de Luxembourg über den Anwaltsberuf wacht.

Letzteres stört die AMMD sehr. Nicht, dass es die Überwachung geben soll, sondern weil die Gesundheitsministerin eine gan-ze Reihe Entscheidungen an den Collège médical auslagern will. In der Sitzung des Parlamentsausschusses mit ihr wurde das deutlich. Sollen Ärzte eingestellt werden können? – Dafür werde der Collège médical „den Rahmen setzen“. Welche Kontrollen und Sanktionen soll es geben? – Da werde es „am Collège médical sein, seine Verantwortung zu übernehmen“. – Was wäre, wenn ein Arzt viel Geld investiert und so zu einem Finanzier würde? – Eine Sache für den Collège médical.

Erst auf Nachfragen der Abgeordneten teilte Deprez mit, dass der juristische Dienst ihres Ministeriums an einem Entwurf für ein neues Gesetz über den Collège médical arbeite. Denn der hat weder die Zuständigkeiten zur Überwachung von Gesellschaften, noch die Kapazitäten. Diane Aehm von der CSV war erleichtert, denn sie wurde zur Berichterstatterin des Gesellschaften-Gesetzes berufen. Es wäre gut, wenn beide Gesetzentwürfe „parallel behandelt“ würden, fand sie. Deprez sagte, über die Gesellschaften würden noch viele Gutachten geschrieben werden, „dat ass net fir muer an d'Plénière“.

AMMD-Präsident Chris Roller regt das auf. „Martine Deprez hat etwas vorgelegt, damit sie sagen kann, sie hat was vorgelegt“, vermutet er. Konsultiert habe sie die AMMD nur kurz. „Da sagte sie, was der Collège médical alles regeln soll.“ Aber wenn es zweier neuer Gesetze bedürfe, um zu Ärztesgesellschaften zu kommen, „dann haben wir sie vielleicht erst gegen Ende der Legislaturperiode“. Das sei „eine Enttäuschung“.

Der secteur extrahospitalier ...

Zumal der angekündigte *secteur extrahospitalier* nicht nur vom Gesellschaftengesetz abhängt. Centres médicaux, welche die AMMD gern von Ärztesgesellschaften betrieben sehen möchte, mit aus den Spitälern ausgelagerten Aktivitäten gespeist, sind nur ein Versprechen. Weder ist klar, was dort wird gemacht werden können, noch, wie das finanziert werden soll. Roller provoziert kurz: „Wenn es keine Finanziers in den Gesellschaf-ten geben darf“ – den Wunsch nach ihnen ließ die AMMD fallen nach dem Rumoren in der Ärzteschaft um das Projekt Findel Clinic ihrer früheren Spitzenleute Alain Schmit und Philippe Wilmes –, „dann wird die CNS mehr bezahlen müssen.“

Doch in Wirklichkeit ist all dies noch sehr weit weg. Über den *secteur extrahospitalier* soll es wahrscheinlich eine *loi extra-hospitalière* geben. Zu vermuten ist, dass es darin auch um Regulierung und um eine „Planung“ gehen wird – das Unwort für CSV und DP im Wahlkampf 2023. Erst anschließend wird man über Pauschalen zur Finanzierung von Centres médicaux verhandeln können – so wie die CNS mit dem Krankenhaus-verband FHL Pauschalen für die Krankenhaus-Antennen verhandelt hat. Für jede Antenne und für jedes Angebot dort eine separate Pauschale. Sowas dauert, denn es geht um Geld aus der Krankenversicherung, die eigentlich strukturell defi-zitär ist. Ob es bis zu den Wahlen ein Ärztehaus mit Gesellschaft dahinter geben wird? Carole Hartmann mag darüber nicht spekulieren. „Ich gehe davon aus, dass bis zu den Sommerfe-rien ein Entwurf für die *loi extrahospitalière* deponiert wird.“

... und der secteur hospitalier

Weil die Versprechen auf Centres médicaux und Gesellschaf-ten sich um den *secteur extrahospitalier* drehen, ist vom

„Wenn es keine Finanziers
in den Ärztesgesellschaften
geben darf, wird die CNS
mehr bezahlen müssen“

AMMD-Präsident Chris Roller

secteur hospitalier nur wenig die Rede. Den Krankenhaus-verband FHL habe Martine Deprez zum Gesellschaftengesetz nicht konsultiert, sagt FHL-Vizepräsident Marc Berna. Aber dass die FHL Deprez' Entwurf rundweg ablehnen könnte wie den von Paulette Lenert, glaubt er nicht. Der FHL sei wichtig, „dass die Spitäler die Kontrolle darüber behalten, wer bei ihnen arbeitet und wer in ihren Gremien vertreten ist“. Was demnach schwierig gewesen wäre, hätten moralische Personen ein Recht zur Berufsausübung bekommen.

Einfach wird es mit Deprez' Ansatz aber auch nicht. Bisher kennen die Spitäler Arzt/innen mit zwei Statuten: Angestell-te vor allem im CHL und Freiberufler in den meisten anderen. Die einen haben einen Arbeitsvertrag, die anderen einen *contrat d'agrément*. Mit Gesellschaften könnten es zwei Statu-ten mehr werden: Teilhaber von Gesellschaften und Ange-stellte von Gesellschaften. Denkbar wäre auch, dass Ärzte-As-soziationen an den Spitälern sich in Gesellschaften umwandeln. Dann würde sich die Frage stellen, wer neue Arzt/innen ein-stellt. Bisher läuft das so, dass eine Assoziation nach einem neuen Kollegen sucht und dem Verwaltungsrat des Spitals die Anstellung empfiehlt. Der CA entscheidet dann, der Conseil médical des Hauses gibt vorher noch einen *avis* ab. Aber würde künftig tatsächlich das Spital über eine Anstellung entscheiden, wäre das nicht eher Sache der Gesellschaft?

Dann könnten Konflikte drohen, wer im Spital was zu sagen hat. Es gebe „Hunderte“ von Assoziationen an den Kliniken, sagt Berna. Allein an den Hôpitaux Robert Schuman, deren Generaldirektor er ist, seien es „circa hundert“. In manchen Disziplinen sei es an den HRS nur eine, wie in Radiologie oder Gastro-Enterologie, in anderen seien es mehrere, in der Orthopädie etwa. Die FHL wolle in allen Sisziplinen eine Assoziation, „einen Ansprechpartner“. Sie habe „kein Inte-resse“, dass Assoziationen an den Kliniken zu Gesellschaften werden. Und dass sie Ärzte als Angestellte hätten. „Es soll im Spital eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe geben. Das ist uns ganz wichtig, das ist ein Vorzug unseres Systems.“

Der AMMD-Präsident wiegelt ab. „Die Anstellungen sind eine Detailfrage, aber natürlich eine interessante.“ Er denke, dass ein Spital auch mitzuentcheiden hätte, wenn eine Ge-sellschaft einen Arzt rekrutiert. Fragt sich nur, wer das fest-legt und wo. Als die FHL vor vier Jahren Paulette Lenerts Gesellschaften-Gesetzentwurf ablehnte, stützte sie sich auf eine juristische Analyse der Anwaltskanzlei Penning, Schiltz & Wurth. Die suggerierte unter anderem, dass Spitäler *contrats d'entreprises* mit Ärztesgesellschaften abschließen könn-ten, statt individueller *contrats d'agrément* mit Ärzten. In solchen Verträgen könnten die Spitäler von den Gesellschaf-ten auch etwas verlangen. Zum Beispiel, dass ganz bestimm-te Ärzte zu bestimmten Zeiten zur Verfügung stehen müsst-ten. Oder dass die Gesellschaft Zielvorgaben erhielte und sie zu erfüllen hätte.

Marc Berna hält davon nichts. „Im Gegenzug müssten wir dann Ärzten zum Beispiel Zeiten im Operationssaal über Jahre im Voraus garantieren.“ Das sei nicht möglich unter der Budgetierung der Kliniken durch die CNS. Aber kontraktuelle Fragen werfe das Gesellschaftengesetz auf. Eigent-lich soll es einen für alle Spitäler identischen *contrat-type* geben. Den gibt es aber nicht. „Als FHL wollen wir einen *contrat-cadre* für alle. Mit Deontologie, mit Beteiligung der Ärzte an den Entscheidungen im Spital, mit Lehre und mit Forschung.“ Weil es ja auch um die Uniklinik für den Me-dizin-Master an uni.lu geht. „Darüber hinaus würde jedes Spital Einzelheiten regeln. So etwa stellen wir uns das vor.“

Der große Unterschied zwischen Medizin und Anwaltsberuf ist demnach der, dass Anwaltsfirmen keine Spitäler betreiben. Und während der Barreau 35 feste Angestellte hat, hat der Collège médical nur drei. Zurzeit jedenfalls. ●



Die Spitäler müssten die Kontrolle darüber behalten, „wer bei ihnen arbeitet“, sagt FHL-Vizepräsident Marc Berna

Craquements dans le *private credit*

III Georges Canto

Avertissement : dans la terminologie financière anglo-saxonne l'adjectif « *public* » n'a pas du tout le même sens qu'en français, car il signifie « coté en bourse ». Par conséquent son opposé « *private* », que l'on retrouve notamment dans « *private equity* » a le sens de « non coté ». Les traductions de « *private credit* » ou « *private debt* » par « crédit privé » ou « dette privée » sont donc inappropriées. Mais elles sont passées dans le langage courant, et seront donc utilisées dans le texte ci-après.

Shadow banking : en vogue il y a encore dix ans, cette expression a quasiment disparu, mais le phénomène existe toujours et s'est même amplifié avec le développement des crédits aux entreprises distribués par des fonds d'investissement, dits de « dette privée ». L'opacité du système fait craindre que les grincements qui se font entendre depuis quelques mois, aggravés par la hausse des taux, ne dégénèrent en une crise beaucoup plus grave.

Le *shadow banking* (ou finance de l'ombre) est officiellement appelé intermédiation financière non bancaire (IFNB), car il désigne l'octroi de crédits en dehors du système bancaire traditionnel. Historiquement, ils ont été distribués par les fonds de pension et les investisseurs institutionnels, notamment les grands gérants d'actifs. Disposant d'importantes liquidités et soucieux de les faire fructifier, ils ont pu les prêter à des entreprises, surtout de taille intermédiaire et non cotées, en manque de financements bancaires après la crise financière de 2007-2008, quand la conjoncture et la réglementation ont provoqué un véritable *credit crunch*.

Le marché s'est rapidement structuré avec notamment l'apparition de « fonds de dette privée », gérés par des spécialistes comme Blue Owl Capital ou des généralistes comme BlackRock ou Blackstone. Apparus aux États-Unis dans les années 1980, ils se sont surtout développés depuis 2010, avec des encours mondiaux supérieurs à 2 000 milliards de dollars aujourd'hui.

Les investisseurs qui détiennent les parts de ces fonds sont soumis à un double risque. Comme dans toute opération de crédit, il existe un risque de non-remboursement de la part des entreprises qui en ont bénéficié. Dans le secteur bancaire, ce risque est très encadré par la réglementation et très surveillé par les autorités de tutelle. C'est loin d'être le cas quand le pourvoyeur est un fonds (et derrière lui une société de gestion).

Par ailleurs, cette nouvelle classe d'actifs est, comme le *private equity*, réputée pour être peu liquide, puisqu'il s'agit d'investir dans des créances non cotées. La durée de détention recommandée est au minimum de cinq ans, parfois davantage. Pour compenser cette contrainte, réductrice pour les particuliers même fortunés, des fonds « semi-liquides » se sont multipliés : ils permettent d'investir avec des montants relativement faibles, tout en offrant la possibilité de retirer son argent périodiquement dans ce que l'on nomme une « fenêtre de liquidité ».

Encore faut-il que les sociétés de gestion les plus impliquées tiennent leurs promesses de rachat de parts. Leurs affaires ont pris une tournure très défavorable en février 2026, avant même le déclenchement de la guerre en Iran. Inquiets des risques de défaillance d'entreprises de toutes tailles et de tous secteurs ayant bénéficié de *private credit*, de nombreux investisseurs, surtout aux États-Unis, ont souhaité récupérer leurs billes. Mais les choses ne se sont pas passées comme prévu, plusieurs

importants gérants d'actifs ayant limité les possibilités de retraits.

Le 18 février, la société de gestion Blue Owl Capital, très engagée dans le *private credit*, a annoncé la suspension définitive des rachats trimestriels des parts du fonds de dette privée OBDC II (1,6 milliard de dollars de créances sur plus de 180 entreprises), orientée vers les investisseurs particuliers. Ces derniers ne pourront donc plus retirer leurs liquidités sur demande chaque trimestre, le fonds étant passé à un modèle de « retour de capital » via des distributions périodiques financées par cessions d'actifs. Blue Owl a ainsi procédé à la vente d'environ 1,4 milliard de dollars d'actifs pour apaiser les exigences de liquidité de ses différents fonds.

Mi-mars, Apollo Global Management (840 milliards de dollars sous gestion, dont près de 400 milliards sous forme de créances de crédits) et Ares Management (500 milliards de dollars sous gestion, dont plus des trois-quarts en crédits) se sont trouvés à leur tour sur la sellette.

Dans deux cas au moins, les plafonds autorisés de retraits trimestriels (cinq pour cent des parts) ont été largement dépassés. Pour le fonds Apollo Debt Solutions (ADS), d'une taille d'environ 25 milliards de dollars, les demandes de retrait ont avoisiné douze pour cent des actifs. Une proportion identique a été observée chez Ares Strategic Income Fund (ASIF), un fonds de dette privée un peu plus petit (22 milliards de dollars). Apollo et Ares ont refusé d'honorer les rachats excédant cinq pour cent des parts, ce qui revenait à ne répondre qu'à 40 à 45 pour cent des demandes effectives.

BlackRock a adopté la même stratégie, en limitant les retraits sur un de ses principaux fonds de crédit privé, HPS Corporate Lending (26 milliards de dollars), après des demandes de rachats de 9,3 pour cent des parts, largement supérieures au plafond contractuel. En revanche, Blackstone a décidé de répondre à toutes les demandes.

Au total, selon le *Wall Street Journal*, plus du quart des demandes de remboursement des fonds formulées au premier trimestre 2026 n'auront pas été honorées, sapant ainsi la confiance des apporteurs de capitaux.

Les gérants d'actifs concernés ont été immédiatement sanctionnés en bourse. Les actions de Blue Owl Capital ont perdu 23 pour cent en une seule séance le 19 février. Sur le premier trimestre, leur baisse atteint 38 pour cent, tandis que les autres grands acteurs du crédit privé comme KKR, Ares et Blackstone abandonnaient entre 31 et 39 pour cent, Apollo s'en tirant un peu mieux (- 28 pour cent). Même le cours du géant BlackRock, qui n'est pourtant pas un

spécialiste du crédit privé, a chuté de 20 pour cent en trois mois.

Mais le secteur bancaire a été également éblouissant. De début février à mi-mars, le cours de l'action JP Morgan Chase a chuté de 12,2 pour cent tandis que celui de la banque régionale Fifth Third (Cincinnati) perdait 22 pour cent sur la même période. Les banques paient leurs liens étroits avec « l'industrie des fonds ».

Les grands fonds de dette privée sont fréquemment financés par des lignes de crédit bancaire. Certains établissements garantissent des obligations ou des produits dérivés liés à la dette privée, ce qui les expose indirectement aux pertes en cas de dégradation de la qualité du crédit. Les banques, souvent à l'origine de la création ou du parrainage de fonds de dette privée, interviennent aussi en tant que distributeurs de ces produits.

Tous ces éléments ont fait resurgir le spectre des *subprimes*, ces prêts immobiliers aussi risqués qu'opaques, dont la titrisation est à l'origine de la grande crise financière de 2008. Le 30 mars, le président de la Réserve fédérale américaine, Jerome Powell, a reconnu que la Fed « surveillait de très près » le crédit privé, même s'il s'agit « d'une partie relativement petite d'un ensemble d'actifs très vaste ». En Europe, la BCE a décidé d'interroger les établissements bancaires pour établir leur exposition au crédit privé avec encore plus de précision, car elle a pu constater que les banques n'étaient pas en mesure d'identifier correctement la nature détaillée et les niveaux de leur lien avec les fonds de dette privée.

Pour autant plusieurs experts conseillent de « ne pas jeter le bébé avec l'eau du bain » pour reprendre une expression populaire outre-Manche. C'est le cas de Valentin Bissat, de la banque Mirabaud. Tout en reconnaissant que le marché de la dette privée est source d'incertitudes, car on ne sait pas bien le valoriser ni mesurer l'exposition exacte des investisseurs, il observe que ce changement structurel de la manière de distribuer du crédit n'a pas entraîné de hausse du taux d'endettement global des entreprises américaines et ne les a donc pas fragilisées.

Les gérants font valoir que leurs fondamentaux sont bons et que les problèmes n'affectent qu'un petit nombre de fonds, dont les difficultés actuelles proviendraient surtout de la concentration excessive des prêts sur quelques secteurs d'activité aux États-Unis.

À l'automne 2025, l'équipementier automobile First Brands et le concessionnaire Tricolor, important revendeur de véhicules d'occasion dans l'ouest, ont été déclarés en faillite, avec suspicion de fraudes

dans le second cas. Les deux sociétés avaient largement bénéficié des « crédits privés ».

La tech américaine est l'autre grand bénéficiaire de ce type de financement. Elle aurait capté quarante pour cent des montants prêtés ces dernières années, en raison de ses énormes besoins en capitaux liés à l'IA, qui ne peuvent être entièrement satisfaits par des levées de fonds propres ni par le recours au crédit bancaire classique. Mais les inquiétudes ne cessent de croître sur la manière dont ces investissements gigantesques pourraient être rentabilisés (*d'Land* du 14 novembre 2025), avec des craintes de défauts de remboursement. ●

Hausse des taux et risque de liquidité

C'est aujourd'hui la hausse des taux d'intérêt consécutive à la guerre en Iran qui inquiète le plus les acteurs du marché de la dette privée. D'un côté elle est favorable aux investisseurs car elle permet aux fonds de réaliser des marges plus élevées sur leurs prêts. De l'autre, elle alourdit la charge de remboursement d'entreprises qui sont déjà parfois lourdement endettées et qui doivent faire face à une conjoncture difficile (choc énergétique, rebond de l'inflation, demande en berne).

Pour l'instant, les taux de défaut des entreprises financées par des fonds de dette privée restent modérés en Europe (autour de 1,5 pour cent), mais les agences de notation s'attendent à une augmentation progressive, sans pour autant atteindre les niveaux d'outre-Atlantique (plus de 9 pour cent selon Fitch Ratings).

L'inquiétude des investisseurs pourrait provoquer une hausse des demandes de retraits, que les fonds de dette privée ne seraient pas en mesure d'honorer. L'on pourrait suivre le schéma connu en février et mars 2026, mais étendu cette fois à davantage de fonds et de gérants.

Même si la hausse des taux n'entraîne pas plus de défaillances d'emprunteurs, les investisseurs seront sans doute confrontés au manque de liquidité de leurs parts. GC



Larry Fink, fondateur et CEO de BlackRock

Quatre options

IIII Romain Heinen

Arguments et contre-arguments pour une réforme des droits de succession et de donation. Et quelques pistes potentielles



Faut-il réformer les droits de succession et de donation ? L'idée existe depuis longtemps¹, mais par la rue du « plus tard », on est arrivé à la place du « jamais ». Quels sont les arguments qui devraient être pris en considération dans la décision de poursuivre avec le régime actuel² ou, en revanche, de le changer en s'inspirant de nos pays voisins ?

Arguments en faveur d'une réforme

Meilleure justice fiscale : une imposition faible mais systématique du patrimoine légué ou hérité permettrait de réduire l'imposition croissante du travail. Rappelons que le droit de succession est payé via la fortune transmise du défunt, et non par le bénéficiaire.

À une période caractérisée par des défis multiples, où les déficits risquent de devenir structurels, une réforme procurerait à l'État d'avantage de *recettes publiques*. Car les besoins de financement de l'État sont grandissants : défense, transition énergétique, pensions, assurance-maladie, chômage, vieillissement de la population, pauvreté, réforme fiscale, coût des infrastructures, faible croissance de l'économie à court et à moyen terme, affaissement de l'investissement privé, tensions géopolitiques, coût du secteur public, logement social, etc.

En raison de *l'allongement moyen de la durée de vie*, la transmission héréditaire intervient toujours plus tard dans la vie des héritiers (entre quarante et soixante ans), de sorte que l'héritage perd souvent son utilité de soutenir les gratifiés dans le démarrage de leur vie active. Les donations en ligne directe font désormais plus de sens.

Un argument récent avancé contre un droit de succession généralisé doit être réfuté, à savoir celui d'une supposée double-imposition. Si on suivait cette logique, il faudrait abolir la TVA sur la consommation finale, puisque cette taxe est prélevée sur un revenu qui a déjà été soumis à l'impôt direct.

Le gouvernement veut individualiser le système fiscal et mettre fin, à terme, à l'imposition commune des époux/partenaires, tout en tenant compte des enfants. À l'ère de la réforme constitutionnelle de 2023, *le concept de « famille »* n'est plus celui du Code civil de 1804.

Arguments en défaveur d'une réforme

À court et moyen terme, l'Administration de l'enregistrement, des domaines et de la TVA (AED) ne serait pas outillée pour mettre en pratique une telle tâche. *Le nombre d'agents* aux

bureaux d'enregistrement ou de succession devrait d'abord être considérablement augmenté, et ensuite formé. Selon le dernier rapport d'activité de l'AED, 858 de 4 535 déclarations étaient passibles de droits en 2025 ; et seulement 17 agents se retrouvaient en charge de cette tâche ! Dans une perspective exclusivement quantitative, il faudrait multiplier par six le nombre d'agents traitant les dossiers de donations et d'héritage. L'administration devrait donc être déchargée d'autres compétences qui ne sont pas en lien direct avec ses attributions primaires.

L'initiative irait manifestement à contresens des mesures de simplification administrative.

Besoin de *plus de notaires*.

Ce ne sera qu'à *long terme* que le changement du régime d'impôt aurait des conséquences sur les inégalités de patrimoine.

L'effet budgétaire est *difficile à évaluer*, car fortement dépendant des abattements accordés.

Des taux trop élevés attaqueraient le patrimoine d'exploitation des *entreprises familiales* ou unipersonnelles avec le risque de mettre en danger la survie de celles-ci. Des exemptions spéciales existent à l'étranger sous réserve de respecter des conditions précises de continuation d'activité économique, d'investissement et de maintien de l'emploi. (En France, le « pacte Dutreil » et en Allemagne, la « Regelverschöpfung »). Ces « privilèges » font en permanence l'objet de discussions politiques (en France), voire sont mis en question devant la Cour constitutionnelle fédérale (en Allemagne) par rapport aux taux auxquels sont soumis les héritiers d'autres actifs.

Esquisses de réformes

La réforme devrait tenir compte des réalités sociétales et familiales du XXI^e siècle. Sans toucher à l'ordre de succession du Code civil, il est proposé de ne retenir plus que trois catégories de personnes en matière d'imposition des donations et des successions. Premièrement, les descendants (et ceux venant en représentation) et les ascendants privilégiés en ligne directe du défunt, avec l'époux, l'épouse, le ou la partenaire (c'est-à-dire la cellule familiale). Deuxièmement, les collatéraux privilégiés (frères et sœurs, et ceux venant en représentation). Et troisièmement, les autres types de bénéficiaires.

Pour garantir une meilleure acceptation publique de la réforme, l'on pourrait déroger au principe budgétaire de la non-affectation des recettes, et réserver le produit de l'impôt à des fins sociales, d'accès au logement abordable ou

« Il faudrait également abolir le secret bancaire à l'égard des administrations fiscales »

de protection de l'environnement. Il faudrait également abolir le secret bancaire à l'égard des administrations fiscales.

Option 1 – Régime intégré

Une fusion des deux impôts (donation et succession) ferait du sens, de sorte qu'il serait tenu compte à la fois des donations, des parts d'héritage et des legs.

En ligne directe, un abattement conséquent (1,5 million à deux millions d'euros par bénéficiaire) s'appliquerait, à partir duquel, un taux proportionnel de 1% serait perçu, puis à partir d'un montant très élevé, de 2%. Les donations seraient imputées en premier lieu sur l'abattement³.

Pour les frères et sœurs, il y aurait application directe d'un taux proportionnel de 6% p.ex.

Pour tous les autres : instauration d'un tarif progressif, de X% à Y% (choix politique), car la progressivité est garante de l'égalité.

Option 2 – Régime semi-intégré

Maintien des deux impôts. Pas de régime unique. L'octroi de l'abattement en ligne directe

se ferait pour le droit de succession seulement, puis taxation à 1%, respectivement 2% aux mêmes niveaux que sous l'« option 1 ». Le droit de donation serait de 1%, respectivement 2% pour des sommes très élevées. Avantage : gestion administrative moins complexe.

Autres catégories de personnes (frères, sœurs, autres) : idem que sous « option 1 ». Le droit de donation devient progressif pour les non-parents.

À titre de comparaison, voici les taux pour les successions en ligne directe : France (de 5% à 45%, abattement de 100 000 euros), Wallonie (de 3% à 30%, taux réduit sur le logement familial : de 1% à 30%), Allemagne (de 7% à 30%, abattement de 400 000 euros).

Option 3 – Adaptation minimale

Même si l'on décidait qu'il est urgent de rien faire, c'est-à-dire de se cramponner au système que nous connaissons depuis tant d'années, il faudrait au moins adapter le barème progressif des successions datant de 1984. Et ceci en fonction de l'évolution du coût de vie, afin de mettre fin à la différence croissante par rapport au taux proportionnel des donations et, surtout, à l'alourdissement de la charge fiscale des successions passibles de droits.

Option 4 – Abrogation et compensation via les impôts directs

Abrogation du « non-système actuel », à la lumière de tant d'autres pays (Estonie, Lettonie, Norvège, Autriche, Portugal, Suède, Slovaquie, République tchèque, Australie, Canada, ...). Si on n'arrive pas à avancer sur les droits de mutation gratuits, il faudrait passer par les impôts directs. Je me rallie aux propositions « Pour une imposition plus juste du capital en vue de réduire les inégalités », publiées en 2023 sur *improof.lu* par l'ancien directeur de l'Administration des contributions directes, Guy Heintz, qui permettraient d'atteindre résultats similaires à ceux visés dans cette contribution. ●

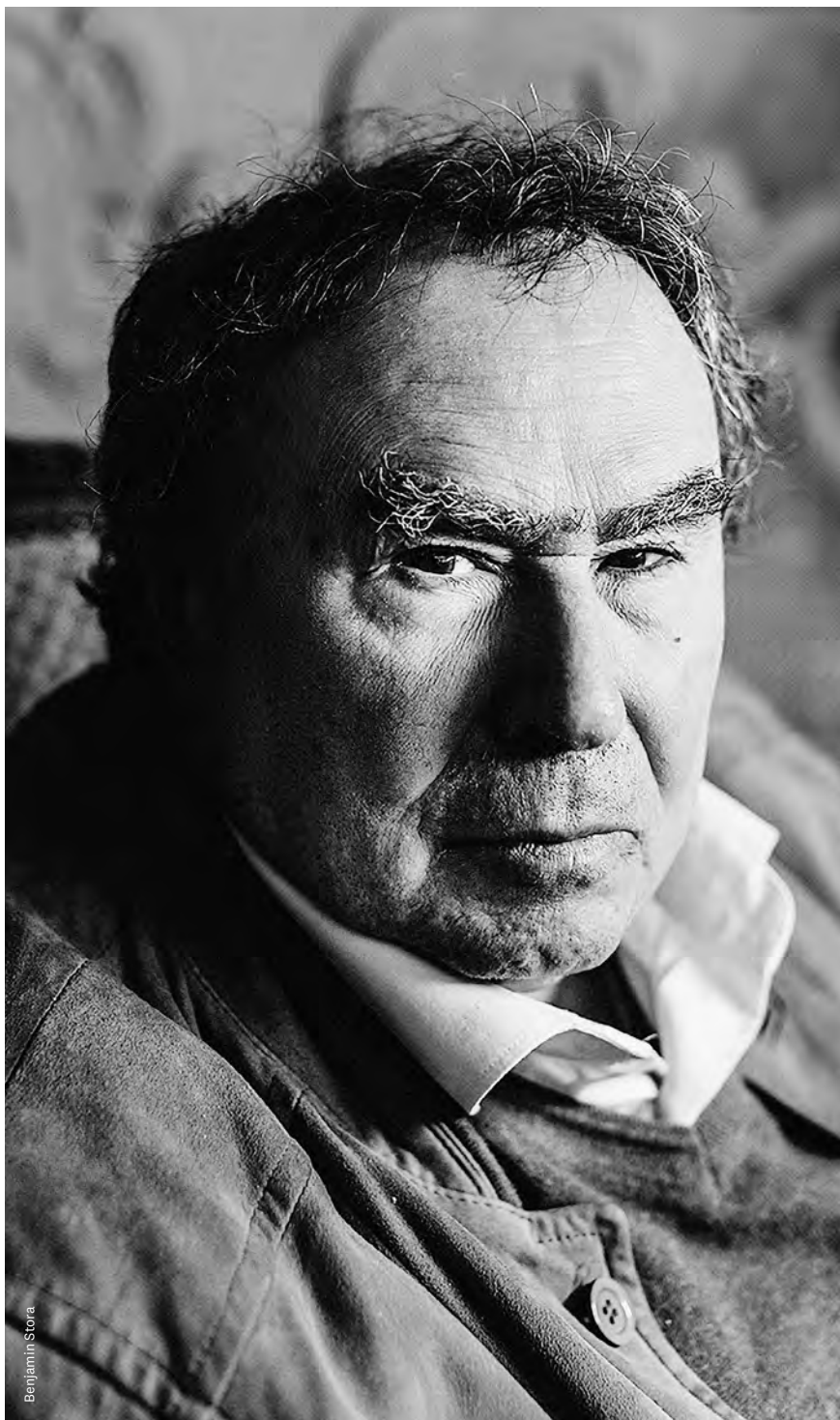
¹ Le 8 novembre 1913, le ministre des Finances soumettait au Conseil d'État son avis sur les amendements proposés par la Chambre des Députés sur le droit de donation : « Dans les autres pays, on a fini par appliquer le même tarif aux donations et aux successions pour empêcher que les parties n'échappent au droit de succession au moyen de donations entre vifs moins onéreuses au point de vue fiscal. » La fonction budgétaire de l'impôt est reprise dans l'avis y relatif du Conseil d'État : « Il ne faut pas perdre de vue que les droits d'enregistrement constituent, en premier lieu, un impôt dont le taux doit se mesurer aux besoins de l'État. »

² Pour une description détaillée de notre régime actuel : voir doc. parlementaire no. 7712 du 3 mai 2021

³ Il s'agit de l'option la plus difficile à gérer administrativement.



Patrick Gallias



Benjamin Stora



Une mémoire endolorie et non réconciliée

III Interview : Loïc Millot

Il a consacré à la colonisation de l'Algérie plusieurs dizaines d'ouvrages, sans compter les interventions qu'il assure depuis de nombreuses années pour transmettre cette mémoire, encore vive et méconnue. En 2021, le grand historien remettait, à la demande du président français Emmanuel Macron, un rapport sur la mémoire de la colonisation et de la guerre d'Algérie, où il préconisait notamment la constitution d'une commission chargée d'initier des formes de commémorations partagées. À l'occasion de la parution de *France/Algérie : Anatomie d'une déchirure* (2026), Benjamin Stora revient, pour le *Land*, sur cet épisode marquant, et toujours irrésolu, qui trouve des échos dans les relations actuelles entre les deux pays. Le jeudi 9 avril, Benjamin Stora sera à Metz pour une conférence publique en rapport avec son nouvel ouvrage.

D'Land : Vous venez de publier, avec Thomas Snégaroff, *France/Algérie : Anatomie d'une déchirure*, un ouvrage remarquable orné de cartes, de parcours chronologiques et de textes accessibles à des non-spécialistes. Est-ce que ce souci didactique est né de la nécessité de transmettre cette histoire auprès du plus grand nombre, dans un contexte de tension croissante entre les deux pays ?

Benjamin Stora : Ce livre peut se lire comme un véritable manuel d'histoire, en suivant l'ordre chronologique. En s'appuyant sur des cartes de géographie (les prises de villes, par exemple), des graphiques (comme les proportions démographiques entre les différentes communautés), et

«Le récit national français a longtemps été fondé sur une occultation du passé colonial et tout particulièrement de la guerre d'Algérie»

des petites biographies d'acteurs importants (de l'émir Abdelkader en passant par Messali Hadj et le général de Gaulle). Il est né d'une conversation enregistrée avec Thomas Snégaroff dans un podcast, diffusé par *France inter*, pour expliquer les causes de la crise, profonde, qui existe entre la France et l'Algérie depuis plus de deux ans maintenant. Pour comprendre cette crise, il fallait remonter aux origines, c'est-à-dire à la période de conquête coloniale, au XIX^e siècle. Cette période est très peu connue en France, alors qu'elle a pourtant duré près de cinquante ans et s'est traduite par des massacres à grande échelle des populations algériennes, des « enfumades », des déplacements forcés de populations paysannes, des déposessions foncières, l'installation d'une colonie de peuplement, des crimes de guerre comme l'extermination de la population de Laghouat en 1852. Le livre documente lon-

guement cette séquence d'histoire, pour arriver à la guerre d'indépendance algérienne, entre 1954 et 1962, puis à l'indépendance de l'Algérie.

Dans les discours dominants au XIX^e siècle, la France est porteuse d'une mission civilisatrice à l'égard de l'Algérie, qui est perçue comme un territoire « barbare ». Cette vision condescendante était autrefois nourrie d'orientalisme et de méconnaissance de la réalité ; toutefois, ce type de discours est encore très présent aujourd'hui, notamment parmi la droite et l'extrême-droite françaises, qui justifient les exactions perpétrées sur la population algérienne au motif, contradictoire, d'une mission civilisatrice. Comment expliquez-vous cette permanence de la notion de « civilisation » quand les faits témoignent au contraire d'une grande brutalité ?

À propos de la séquence ouverte au XIX^e siècle, pourquoi ne pas faire référence à l'histoire des ségrégations aux États-Unis, en évoquant un « sudisme à la française » qui s'est installé à la faveur de la conquête de l'Algérie, immense territoire du Sud, qui a connu des massacres de populations indigènes, et l'installation d'une colonie de peuplement ? Cette situation a contribué à créer des discriminations, avec une volonté de domination sur les populations « du Sud », les populations de la Méditerranée. Les pratiques de ségrégation aux États-Unis ont été une survivance de ce qui a été vécu dans les états du Sud. L'abolition de l'esclavage n'a pas mis fin aux discriminations. De même, avec le développement

de la colonisation, la République, en tant que promesse d'égalité pour tous, n'a pas été exemplaire, en refusant la citoyenneté pleine aux « indigènes musulmans », tout en l'octroyant à d'autres « indigènes », les juifs d'Algérie. Il reste de cette longue histoire d'un siècle et demi, un imaginaire, une colonisation persistante dans les esprits. Et le problème provient notamment de ce qui manque de manière flagrante : bien connaître l'histoire des autres. Depuis le XIX^e siècle, le monde a changé. La décolonisation politique a eu lieu dans les années 1960. Mais, décidément, la France tarde à connaître vraiment les histoires du Sud. Ce sujet de la connaissance est un grand défi actuel pour le pays. La rétractation, le retour sur une seule histoire dépassée nous apprend que ce n'est pas la grandeur ancienne qui nous assurera demain la grandeur. Et le repli sur soi peut provoquer un isolement sur la scène internationale. Dans ce risque du repli, le risque est de voir l'immigration, non pas comme une possibilité de s'ouvrir au monde, mais comme une population d'ennemis potentiels.

La guerre d'Algérie est une guerre qui, longtemps, n'a pas dit son nom. Un tabou qui, dans un tout autre contexte, fait écho à « l'opération spéciale » menée par la Russie en Ukraine. Pourquoi l'État français a-t-il soigneusement évité le terme de guerre pour désigner son action ? Quelle crainte entourait l'usage du terme de « guerre » ?

Le récit national français a longtemps été fondé sur une occultation du passé colonial, et tout

Feuilleton

Emmanuel Macron
décorant, en
2022, d'anciens
soldats de la
guerre d'Algérie,
soixante ans après
la signature des
accords d'Évian

land
03.04.2026

15

Entretien avec l'historien Benjamin Stora, qui aborde les raisons de la crise diplomatique entre la France et l'Algérie ainsi que les conditions préalables à une possible réconciliation entre les deux pays

particulièrement de la guerre d'Algérie. Dire le mot « guerre », c'était reconnaître que la France faisait la guerre à une partie d'elle-même, puisque l'Algérie était « intégrée » administrativement à la France, formant trois départements français. Il a donc, d'abord, fallu forcer le blocus de l'amnésie autour de cette perte d'une partie de ce territoire longtemps considéré comme français. Ce travail a été amorcé au début des années 2000 et le fil de cette mémoire a été tiré pour tenter de la retrouver. Dans mon rapport remis au Président de la République, j'ai voulu avancer pratiquement, en avançant pas à pas, en traitant par exemple de la reconnaissance des assassinats de personnalités comme Maurice Audin ou l'avocat Ali Boumendjel, des disparus de la guerre, du massacre des travailleurs algériens le 17 octobre 1961... Tous ces événements ont été reconnus et condamnés par Emmanuel Macron, d'autres propositions n'ont pas été retenues, comme l'entrée au Panthéon de Gisèle Halimi, ou la remise à l'Algérie des cartes des essais nucléaires.

Pourquoi l'État algérien est-il si hostile envers la population berbère ? Que lui reproche-t-il ?

Dans la longue marche du nationalisme algérien, il s'est développé une méfiance à l'égard d'un possible fractionnement de l'immense territoire algérien grand comme cinq fois la France, avec le Sahara. Ce nationalisme s'est donc construit sur un modèle jacobin, laissant peu de place à l'existence de singularités différentes au plan régional. Ainsi, les Kabyles, qui pourtant ont été à l'avant-garde du nationalisme algérien, avec

de grandes personnalités comme Krim Belkacem, Hocine Ait Ahmed, ou Abane Ramdane, n'ont pas pu exprimer une sensibilité culturelle, linguistique. Ce qu'ils ont réclamé, à travers, par exemple, les soulèvements de 1980 ou de 2001, réprimé par le pouvoir central. Il existe ainsi en Algérie un fort attachement à la construction du sentiment national, mais aussi une volonté de reconnaissance de particularités culturelles, notamment en Kabylie, mais aussi au M'Zab ou dans les Aurès. Tous ces aspects ne sont donc pas contradictoires, mais fabriquent un nationalisme attaché à une histoire plurielle.

Emmanuel Macron, lors d'une visite en Algérie en 2017, avait dénoncé la colonisation comme un « crime contre l'humanité ». Pour autant, les tensions sont aujourd'hui à leur paroxysme et Boualem Sansal en a fait les

frais. Qu'est-ce qui a contribué à cette dégradation progressive des relations ?

Différentes raisons peuvent être invoquées, comme l'arrestation de l'écrivain Boualem Sansal, ou la non-mise en application d'expulsions d'Algériens en situation irrégulière. Mais, plus fondamentalement, c'est la reconnaissance de la marocanité du Sahara occidental par la France, au détriment d'un référendum d'autodétermination des populations sahraoui, qui a provoqué la colère d'Alger, qui a toujours soutenu le Front Polisario. Cette question est non réglée depuis plus d'un demi-siècle maintenant.

Quelles sont, des deux côtés de la Méditerranée, les conditions à réunir selon vous pour favoriser l'apaisement et la compréhension mutuelle entre les deux pays ?

Dans le rapport commandé par le président de la République et remis à Emmanuel Macron en janvier 2021 sur les questions mémorielles relatives à la colonisation et la guerre d'Algérie, j'ai préconisé vingt-deux mesures pour panser les plaies d'une déchirure profonde. Certaines ont été suivies, d'autres non. Mon rapport a surtout traité de la guerre d'Algérie. Elle a duré près de huit ans, de 1954 à 1962, et s'est développée avec son cortège de violences : deux millions de paysans algériens ont été déplacés de manière forcée par l'armée française, des milliers d'Algériens ont disparu, des Européens ont été victimes d'attentats, surtout pendant la « bataille d'Alger » en 1957, des harkis ont été abandonnés par la France et massacrés, et

un million et demi de jeunes soldats français sont partis faire une guerre de l'autre côté de la Méditerranée, sacrifiant ainsi une partie de leur jeunesse... Comment « éteindre », avec un seul acte, un tel incendie mémoriel ?

Une France présidée par l'extrême-droite, cela ressemblerait à quoi ?

Une mémoire dangereuse s'est installée en France depuis plusieurs années. Cette mémoire cherche à séparer, à rendre impossible le vivre ensemble, elle prépare à l'affrontement entre partis, personnes ou communautés. Mais contrairement aux idéologues des radicalités, la société, elle, vit la diversité comme une richesse et ne veut pas « se séparer ». Ce constat n'empêche pas de s'interroger sur la puissance du rôle des médias, des réseaux sociaux pour favoriser cette « séparation ». Nous sommes dans une société du spectacle. La recherche du spectaculaire a pris le dessus. Il faut toujours aller dans la rupture, la confrontation, la mise en abîme du spectacle, qui ne s'arrête pas. Il y a bien quelques interstices, des lieux pour réguler, expliquer, mais ils ne sont pas si nombreux dans les médias actuels, qui tendent à s'abreuver bien plus des confrontations spectaculaires – donc des violences qui frappent – que des logiques de constructions apaisées, qui ne peuvent avoir la visibilité recherchée. ●

Conférence de Benjamin Stora, jeudi 9 avril, 18h, Metz-Ban Saint-Martin, Forum-IRTS de Lorraine



Einsamkeit in Zeiten digitaler Aufmerksamkeitsökonomie

IIII Anina Valle Thiele

In dem Band *Allgemeine Zweifel am weiteren Verlauf* erzählt Elise Schmit sprachlich kunstvoll von Sehnsucht, Fluchtmöglichkeiten und Rissen in der (Alltags-)Routine

Elises Schmits Kurzgeschichtenband *Stürze aus unterschiedlichen Fallhöhen* (2018; 2019 mit dem Servais-Preis ausgezeichnet) war bereits eine Überraschung. Ihr neues Buch ist eine Wucht, inhaltlich wie literarisch. Ihre Prosa ist sprachlich gewandt und reflektiert, eine Antithese zum Lärm und dem Rauschen dieser Zeit. Schmits neuer Band ist erstmals im deutschen Luchterhand-Verlag erschienen.

Vielversprechend schon der Auftakt: „Die Dinge in der Tiefe“. Darin wird von zwei ungleichen Schwestern (Marisol und Camino) erzählt, die gemeinsam recht unbeschwert in Amsterdam wohnen und dort Kunstgeschichte studieren. In die Zweisamkeit gesellt sich Josien, genannt „Joos“ als Mitbewohnerin, die das Gleichgewicht durcheinanderbringen und ihr Leben und ihre Zukunft verändern wird.

Marisol war lauter und selbstsicherer, „glänzte in der Arena“ – „ein natürlicher Anziehungspunkt“. An der Egozentrik ihrer Schwester („Wenn es um sie selbst ging, prallte jede Kritik an Marisol ab“) stört sich Camino solange nicht, bis sie durch ihr egoistisches Verhalten ein Unglück provoziert ... Sorgsam wird das Geschwisterverhältnis seziert, seine Außenwelt ironisch kommentiert.

Sie (Marisol) scharrte Bewunderer um sich, wie etwa den selbstgefälligen Kunstlehrer López, der es bei der Erläuterung weiblicher Kunstmotive stets auf Zweideutigkeiten anlegte. „Zu viele seiner Beispiele enthielten Darstellungen nackter und halbnackter Frauen. Seine Ausführungen

über Dürers Proportionslehre machte er am Beispiel der weiblichen Körper fest. [...] Um die einzelne, die fühlende, denkende Frau ging es dabei nie, verstand Camino, weder López, noch Dürer, noch irgendeinem dieser Männer.“ Die Persönlichkeit hinter der Pose war nicht von Interesse. „Der Sinn dieser Malerei lag im Standpunkt, von dem der Blick ausging, darin, wie sich der Mann als Erschaffer die Frau unterordnete. Der Künstler behauptete eine Analogie zum göttlichen Schöpfungsprozess, um ein Gefälle zwischen sich und dem Sujet herzustellen.“

Auf die Geschehnisse in der Frauen-WG blickt die Erzählerin aus der Distanz, aus einem Ferienort an der belgischen Küste. Es ist ausgerechnet ein gestrandeter Wal, der die Urlauber/innen eines verschlafenen belgischen Küstenorts dazu bringt, dem ans Land Getriebenen schaulustig zu folgen.

Die Metapher des Wals hat Geschichte, ist sie doch in vielen großen Romanen präsent – von biblischen Erzählungen im Alten Testament und der Thora über Moby Dick bis hin zu Timmy. Der Wal ist wuchtiger und größer als wir; gestrandet steht er gar für das Versagen der Menschheit schlechthin. In Ahabs Kampf gegen das Meeresungeheuer wird er zum unfassbar-kosmischen Prinzip. In Schmits Kurzgeschichte fügt sich diese Metapher schlicht in die Erzählung ein. Nach Sensationen gierend werden die Urlauber/innen dem Geschehen folgen wie einem Freilichtspektakel. „Die Dünen wirkten wie Zuschauerränge, als wäre der Strand ein weitläufiges Freilichttheater.“

Die Kurzgeschichten verbindet die Einsamkeit ihrer Protagonist/innen. Um Enttäuschung um eine Person, die einst nur um sich selbst kreiste, und Videos, die diese verflossene Liebe von sich (von einer anderen Person gefilmt an bekannten Orten, die die Ich-Erzählerin ihm einst zeigte) und auf Social Media postet, geht es in „Zweckdienliche Hinweise für die Person mit der Kamera“, die als Monolog in einer Art Briefform verfasst ist. Am Anfang stehen Reflexionen zum bewegten Bild: „Das Bild ist der Eindruck eines Moments in der Zeit, und ein Eindruck kann ohne das Hinzutreten von Perspektive und Wertung nichts anderes sein als er selbst. Insofern ist, für sich genommen, jedes Bild wahr, wenn auch unerheblich. Erst ausgesondert aus einer breiteren Auswahl, erst gesetzt, gerahmt, präsentiert in einer geeigneten Form oder, wenn du erlaubst, auf einer geeigneten Plattform, entwickelt das Bild einen Sinn. Oder zumindest so etwas wie Bedeutung.“ Auf den verwackelten Videos erkennt die Erzählerin Orte, die sie ihm erst zeigte, und rekapituliert dabei Szenen einer Beziehung mit einem toxischen Menschen, der um sich selbst und sein Umfeld kreist und seine neue Partnerin durch das Abfilmen seiner Tänze in „eine Art Brieftaube“ verwandelt habe.

Die Erinnerungen an die einseitige, zersetzende Beziehung kommen beim Anschauen der verwackelten Aufnahmen hoch, schmerzende Erfahrungen: „Die Wochen und Monate, in denen du dich von mir abgewandt hattest, weil ich versucht hatte, mir einen Daumenbreit Unabhängigkeit zu verschaffen, verbrachte ich im Taumel und Nichts.“

Um Enttäuschungen in Zeiten von Online-Dating rankt sich auch „Wie wenn durch das Dunkel ein Zittern“. Die Einsamkeit der alleinerziehenden Mutter Patty und ihre Hoffnungen auf eine „echte Begegnung“ mit einem Mann werden hier fast greifbar. Die Sehnsucht der Hauptfigur überträgt sich förmlich auf die Leserin ... obschon die Enttäuschung über die trügerischen Spielchen über Dating-Apps, in der sich jede/r im besten Licht darstellt und Frauen en masse auf narzisstisch-manipulative Männer treffen, schon in der Luft liegt.

„Eine Freundin hatte Patty die Dating-App empfohlen. Sie hatte sich eine ‚blutleere Aneinanderreihung von Illusionen‘ angesehen, zunehmend enttäuscht vom Anblick der immer gleichen schlechten Porträts, faden Inneneinrichtungen und alternden Körper.“ – Marcus’ Profil hatte sich irgendwie von der „endlosen Menge von gedankenlosen Selbstdarstellungen“ abgehoben. – Die zunächst unverbindliche Kommunikation mit Emojis, hilflos-debiles Flirten in Zeiten von Social Media, füllte Pattys leere Abende und war „wie ein Vorschuss auf ein mögliches Leben“. Rücksichtslosigkeiten und egomane Verhaltensmuster sickern verlangsamt und erst spät durch und in ihr Bewusstsein: „Er bestellte noch ein zweites Glas, ohne sie zu fragen, ob sie noch was wollte.“ Feinfühlig fängt Schmit männliche Muster in (zu)treffenden Metaphern ein: „Sie lächelte in sein Gesicht und ihre Spiegelung in den Gläsern seiner Sonnenbrille lächelte winzig zurück.“



Oliver Halmes

légende

In der letzten Geschichte „Tycho zum Mars“ träumt ein Junge, Wilhelm, kurz „Will“, der in prekären Verhältnissen (seine Mutter nennt es „die Umstände“) lebt, vom All. Er will an einem Spacecamp in Köln teilnehmen und wähnt sich schon als „erster Mensch auf dem Mars“. In den wenigen Gesprächen mit seinem Vater kommunizieren sie aneinander vorbei; Wills chronisch übermüdete (und vom Vater getrennte) Mutter müht sich darum, eine „richtige Mutter“ zu sein; indes die Gedanken des Jungen zum Aufstieg ins All schweben und ihm der Schulalltag entgleitet. Seine Lehrerin weigert sich irgendwann, weitere Weltraumaufsätze anzunehmen, während er im Klassensaal auch aufgrund seiner ärmlicheren Herkunft und seines antiquierten Namens „Wilhelm“ von den Mitschüler/innen gehänselt wird.

Wenngleich die Geschichte als Milieustudie nicht ganz überzeugt, so rührt einen die Beschreibung seiner gedanklichen Flüchte genauso wie die fragile Freundschaft mit Freddy, einem sorglos-selbstsicheren Jungen aus betuchten Verhältnissen. Es bleibt die Flucht eines einsamen Jungen in die Sterne.

Reflexionen ums eigene Schreiben, Beobachtungen vom Schreibtisch, ein Vogel, eine Mandarine, das Nachdenken über die eigene Einsamkeit stehen am Ende von Schmits Kurzgeschichten. Diese Form der Metareflexion erinnert an die Passagen in Antje Rávik Strubels *Blaue Frau*.

Die Kurzgeschichten in *Allgemeine Zweifel am weiteren Verlauf* sind packend geschrieben und entfalten Sogwirkung. Einmal in die Hand genommen, wird Frau das Buch nicht so schnell weglegen können. Trotz oder gerade wegen ihrer Desillusionierungen sind die Geschichten tröstlich, ohne die Leere durch sedierende Zukunftsfantasien notdürftig zu füllen. Es sind sprachlich präzise Analysen von Existenzformen, aus denen es keine einfachen Fluchtmöglichkeiten gibt. ●

Elise Schmit: *Allgemeine Zweifel am weiteren Verlauf*. Luchterhand Literaturverlag 2026. 304 Seiten, gebunden, 25,20 Euro.

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Die Ukraine ist nicht sexy

IIII Michèle Thoma

Wo ist die Ukraine eigentlich? Ist sie untergegangen? In den Trümmern der tagtäglich über uns erbrochenen Breaking News? Verschollen in den Kornfeldern Habsburgs, wie es mal auf mitteleuropa-romantisch hieß? Blasses Land, flaches Land, eher flach, oder? Das uns so lang wie breit ist. Mit Sonnenblumen, ach ja Sonnenblumen. Und jetzt Drohnen. Sie sind sehr gut in Drohnen.

Wo ist die Ukraine geblieben? In der Ukraine, wo sie schließlich hingehört? Eher nicht zu uns. Die Möchtegern-Neue in der Klasse, alle stoßen sich an, wie heißt sie? Ukraine? So eine Streberin. Zeigt auf den Boden, da liegt ein Schatz. Zeigt auf den Boden, da wächst ein Schatz. Zeigt auf die Drohnen, gut in Drohnen. Jetzt. Sie dreht den Spieß um, zielt mit der Drohne. Der Scheich lächelt.

Warum will die Ukraine auch unbedingt Westen sein, alle können nicht Westen sein. Warum will sie wir sein, wirr wie wir, wer sind wir überhaupt? Brav divers, mit einem befriedigenden Angebot an Geschlechtern. Mit Identität Sprache Kultur, einer eigenen, einer uralten, einer urjungen. Nicht mal mehr üppig machomafös. Orthodox, aber *light*. Warum will sie unbedingt auf unserer Party mitmachen, bei der längst die Lichter ausgehen, der längst die Highlights ausgehen, *le Siècle des Lumières* ist ja auch schon eine Weile her?

Wo immer mehr hier lechzen nach den guten alten Werten, die die Ukrainer/innen gratis haben könnten. Die starke Hand, die starke

Knute, Joch und zu Kreuze kriechen. Wo immer mehr sich wollüstig vor den Putinkarren spannen lassen, all die Wagenknechte und -mägde. Wo immer mehr sich fürchterlich entrüsten wegen denen, die angeblich fürchterlich aufrüsten. Alles ist wunderbar klar, die Regeln werden nicht dauernd neu verhandelt wie in einer anstrengenden Demokratie. Wer nicht pariert, fliegt. Wer wichtig ist, sogar zum Fenster raus. Die Retro-Utopie, die westliche Influencer/innen uns in Russland ausmalen: Kommet, ihr verlorenen Kinder des verweichlichten Westens! Das Gold liegt zwar nicht auf der Straße, die Menschen aber auch nicht. Hier liegt man im ehernen Bett! Oder im Heldengrab! Und dafür gibt's wenigstens *cash*!

Big Bro stößt man nicht zurück, Mütterchen Russland meint es nur gut. Warum muss die Ukraine auch so streiten? Warum behaupten die Ukrainer/innen so obsessiv, dass es sie gibt? Warum behaupten sie sich so? Ist ja verständlich, dass Väterchen Bloodymir aus Moskau böse ist und betrübt. Wo die Nato ihn so reingelegt hat. Wo alle so gemein waren zu ihm. Er hatte eine schwere Kindheit. Er war beim KGB, das macht etwas mit einem Menschen. Und weiß nicht jeder, dass die Ukraine korrupt ist? Und da sollen wir zehn Euro spenden? Und dieser Held/innenkult im Netz! Menschen mit Prothesen lachend hinter Geburtstagskuchen und vor Panzern. Nicht zu vergessen die Männerfänger auf der Suche nach Kanonenfutter. Und hier bei uns leben starke Männer, statt an der Front zu

sterben. Dann fahren sie auch noch Auto! Auto! Superauto!

Sowieso, wovon reden wir hier? Von einem Land, das es nicht gibt. Die Ukraine gibt es gar nicht. Die Ukraine hat sich selbst erfunden. Die ganze Ukraine ist eine ukrainische Wahnvorstellung, der Präsident ein Komiker auf Koks.

Frierende Alte in unförmigen Jacken vor einem Wärmebus, oder nennt man es Kältebus? Frierende alte Leute, die sagen, dass sie frieren, Stalingrad ist das nicht. Eingemummte Kinder in unterirdischen Schulen. Gaza ist das nicht. Das leidet so dahin. Das dümpelt so dahin. Keine Exzesse. Keine Ekstasen. Keine Höhepunkte. Nur Tiefpunkte. Endlose Tiefebentiefpunkte. Löcherige Wohngebiete. Ein zahnloser Mann mit einem abgerissenen Hund auf einer schlammigen Straße im Irgendwo. Das einzig Bunte sind die Gräber.

Der Krieg ist da, eine chronische Krankheit, mit der man leben kann. Also wir hier. Ein Krebs, der bestimmt nicht streut. Er kriecht so dahin. Er schleppt sich dahin. Von Maulwurfshügel zu Maulwurfshügel. Dörfer, Weiler, Flecken. Was soll Putin tun, er muss ja was tun?

Wir schauen in den Nahen Osten, uuh, huch Hölle!, das raubt uns den letzten Nerv. Für den allzu nahen Osten, sorry, Ukraine, haben wir da nichts mehr übrig. ●

D'GEDICHT VUN DER WOCH

D’Klo vun engem Ex

IIII Jacques Drescher

„Was ist nur mit Viktor Orbán schiefgelaufen, Herr Juncker?“ (LW, 01.04.26)



Sven Becker

Den Orbán huet mech verroden;
Wéi ech war e konservativ.
Mir ware jo fréi gutt geroden,
Mee spéider du goug alles schif.

Wéi ech war hie géint d’Kommunisten,
Fir d’Nato an d’Bréisseler Spëtzt.
Mir hu gemaach, wat mer hu missten;
Fir d’Banke war d’Saach scho gerëtzt.

Op eemol du blénkt en no Osten
A gouf chrëschtlech-illiberal.
Ech hat schonn zu Bréissel dee Posten
An hunn him de Bass alt gehal.

Mir hunn ons getraff a gestriden;
Ech weess, wat den Trump him bedeit.
Mir waren am Fong dach verschidden –
Duerno ass ee vill méi gescheit!

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 05.05.2026 10.00 heures

Intitulé : Travaux de carrelages de piscine à exécuter dans l'intérêt du Domaine thermal à Mondorf-les-Bains – Rénovation et mise en conformité.

Description :
– Fourniture et pose de carrelage y compris travaux d'étanchéité et tous les accessoires, à réaliser dans 3 piscines publiques ;
– Les piscines concernées ont la particularité pour deux d'êtres-elles, d'être à eau thermale.
La durée des travaux est de 347 jours ouvrables répartis en 3 phases (103 jours piscine de rééducation, 120 jours piscine « Badesee », 144 jours piscine thermale), à débiter au courant du 3^e trimestre 2026. Les travaux sont adjudgés à prix unitaires.

Critères de sélection : Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Conditions d'obtention du dossier : Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Réception des plis : Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600716

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Services

Date limite de remise des plis : 05.05.2026 10.00 heures

Lieu : Les offres sont obligatoirement à remettre via le Portail des marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Il n'y aura pas de séance d'ouverture publique de la procédure ouverte.

Fouilles archéologiques préventives – Gallo-Romaines relatives à la mise à 2x2 voies de la B7 entre les échangeurs de Schieren et Ettelbruck

Description :
Nature des travaux :
– Les travaux consistent notamment en :
– La réalisation de fouilles archéologiques préventives sur une surface d'environ 10 000 m² ;
– Des travaux de remblais : 3 500 m³.

Délai d'exécution des travaux : 240 jours ouvrables
Début prévisionnel des travaux : octobre 2026

Conditions d'obtention du dossier : Les documents de soumission sont à télécharger à partir du Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Réception des plis : La remise électronique des offres est obligatoire. Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture.

Autres informations : Le détail des conditions minima de participation est repris dans le fascicule 1 du marché à l'article 9.3.1.

N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600839

Société Nationale des Habitations à Bon Marché s.a.

Avis de marché

Procédure : 01 ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 05.05.2026 10.00 heures
Lieu : SNHBM 2B, rue Kalchesbruck L-1852 Luxembourg
Intitulé : 3437_clé en main, réf. ME6-1.
Description :
– L'exécution des travaux de clé en main d'un immeuble résidentiel à Mersch.
Conditions d'obtention du dossier : Le bordereau de soumission est téléchargeable sur le Portail des marchés publics.
Réception des plis : Le jour de l'ouverture avant 10.00 heures.
N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600803

Gemeng Biissen

Administration communale de Bissen

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 07.05.2026 10.00 heures

Intitulé : La construction de la nouvelle mairie à Bissen – Travaux d'installation d'Ascenseur.

Description :
– Travaux d'installation d'Ascenseur.

Critères de sélection : Aucune condition minimum de participation à la soumission n'est requise.

Modalités visite des lieux/réunion d'information : La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier : Les dossiers doivent être téléchargés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*). Les offres établies sur base des bordereaux qui n'ont pas été téléchargés à partir du portail ne seront pas prises en considération.

Réception des plis : Les offres sont à déposer par l'intermédiaire du Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixée pour l'ouverture de la soumission.

Autres informations : Le début des travaux est prévu pour le 17 janvier 2028. La durée des travaux est de 15 jours ouvrables.

N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600829

Le collège des bourgmestre et échevins, Monsieur David Viaggi, bourgmestre Monsieur Roger Saurfeld, échevin Madame Cindy Barros Dinis, échevine

LE FONDS BELVAL

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 12.05.2026 10.00 heures

Intitulé : Soumission relative aux travaux de fourniture et pose de mobilier administratif dans l'intérêt du réaménagement du Bâtiment administratif à Belval.

Description :
– Mobilier pour les étages 8 à 12.

Critères de sélection : Les conditions de participation sont précisées au dossier de soumission.

Conditions d'obtention du dossier : Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Réception des plis : La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600846

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : 10 européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 06.05.2026 10.00 heures

Intitulé : Travaux d'installation d'une base de vie avec centre de ressources (lot 5) à exécuter dans l'intérêt de l'Administration de la nature et des forêts à Dudelange.

Description :
– Le marché concerne la location, l'installation, le raccordement, l'exploitation et la maintenance d'une base vie destinée à accueillir la direction des travaux ;
– Il inclut également la mise en place d'un centre de ressources.

Envergure des travaux :
– 7 conteneurs de chantier équipés et chauffés avec une pompe à chaleur ;
– Marché en entreprise générale. La durée des travaux est de 2 ans, à débiter en janvier 2027. Les travaux sont adjudgés à prix unitaires.

Critères de sélection : Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumission.

Conditions d'obtention du dossier : Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Réception des plis : Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600837

SIDEN

Syndicat Intercommunal de Dépollution des Eaux résiduaires du Nord (SIDEN)
Administration communale de Clervaux, Creos Luxembourg S.A.

Avis de marché

Procédure : 01 ouverte
Type de marché : Travaux

Date limite de remise des plis : 15.05.2026 10.00 heures

Lieu : L'ouverture de la soumission aura lieu dans la salle des soumissions affichée à la réception du bâtiment administratif du SIDEN, à Bleesbruck, L-9359 Bettendorf.

Intitulé : Assainissement de la commune de Clervaux.

Description :
– U1334-09 Construction d'un bassin d'orage (264 m³) et réaménagement de la rue Kléck à Eselborn ;
– Travaux de génie civil (lot 1) et d'équipements électromécaniques (lot 2).

Lots 1 :
Intitulé : Génie civil
– Description : Travaux

Lots 2 :
Intitulé : Équipements électromécaniques
– Description : Travaux

Critères de sélection :
– Effectif minimum en personnel de l'opérateur économique occupé dans le métier concerné : 100 personnes (LOT1) ;
– Nombre minimal des références pour des ouvrages analogues et de même nature : 3 références (LOT 1 et LOT 2) ;
– Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné : 700 000 euros (LOT2).

Modalités visite des lieux/réunion d'information : La visite des lieux est laissée à l'appréciation du soumissionnaire.

Conditions d'obtention du dossier : Sous peine de nullité, les documents de soumission sont à télécharger sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Réception des plis : Les offres sont à remettre à l'adresse et dans la salle prévue pour l'ouverture de la soumission ou à déposer sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*) conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Les offres sous forme papier doivent porter l'inscription « Soumission pour... ».

Autres informations :
– Il s'agit d'une adjudication par lots séparés ;
– Le début des travaux pour le lot 1 est prévu pour octobre 2026 et le délai d'exécution est de 350 jours ouvrables ;
– Le début des travaux pour le lot 2 est prévu pour avril 2027 et le délai d'exécution est de 230 jours ouvrables.

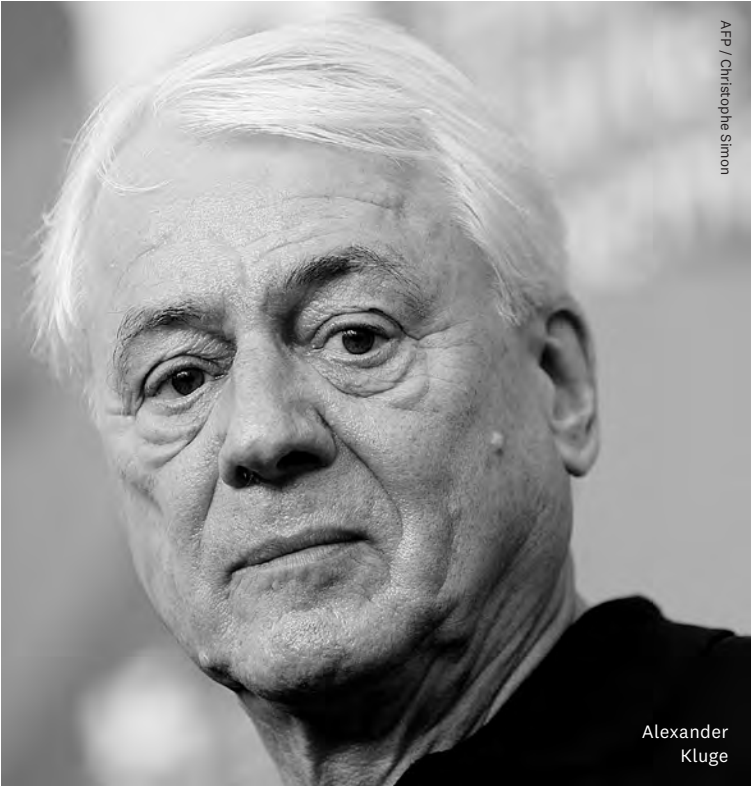
N°. avis complet sur *pmp.lu* : 2600844

Le bureau du SIDEN et le collège des bourgmestre et échevins de la commune de Clervaux

„Auf Lebendigkeit können wir vertrauen“

IIII Frédéric Braun

Dem großen Schriftsteller und Filmemacher Alexander Kluge (1932-2026) zum Gedenken



Bis zuletzt blieb Alexander Kluge eine Stimme von Bedachtsamkeit und wacher Gegenwärtigkeit, deren Urteil man ernstnahm, deren Kommentare Denkanstöße gaben und die vor allem Hoffnung stiftete, neue Perspektiven eröffnete und Wege aus der Ungewissheit aufzeigte.

Die Grundfrage der Philosophie laute seit Kant: „Auf was kann ich mich verlassen?“, wie Kluge noch im Januar, hochbetagt und kein bisschen defätistisch, auf einer Konferenz in München bemerkte. Die Herausforderungen der Gegenwart hätten der Philosophie eine neue Jugend beschert: „Je größer die Probleme, desto größer die Lust auf sie zu antworten.“

Philosophie als solche sei „ein Balanceakt zwischen Vernunft, Emotion, Objektivität und Subjektivität“, den die KI von selbst noch nicht leisten könne. Zwar überrasche ihn an diesem „Buchhalter der Einzelheiten“, dass er ihr Fragen stellen könne, die sie nicht kenne und darauf „brillant“ antworte. „Wenn wir kollegial, freundschaftlich, gastfreundlich mit diesem Alien KI umgehen, dann wird er auch freundlich zu uns sein können“ so Kluges Einschätzung. Für den Rest verlasse er sich persönlich nicht darauf, dass eine KI von deren Erfindern „richtig“ verwaltet werde: „Da verlasse ich mich lieber darauf, dass wir so alt sind. Dass wir Verlässlichkeit in uns tragen, in einem Körper der lebendig ist. Auf Lebendigkeit können wir vertrauen.“

Im September 2025 hatte Kluge *Sand und Zeit. Bilderatlas* veröffentlicht. In dem Buch setzt er sich intensiv mit Kriegsbildern, unter anderem aus dem Gaza-Streifen, sowie mit historischen Zerstörungen und künstlicher Intelligenz auseinander. Seit zwei Jahren war die israelische Regierung da schon damit beschäftigt den Gazastreifen in Grund und Boden zu bomben. 65 000 Menschen waren den Angriffen bereits zum Opfer gefallen, davon 30 Prozent Kinder. In seinem Vernichtungskrieg bediente sich das israelische Militär unter anderem KI-Systemen wie Palantirs Lavender, um die Automatisierung von Zielvorschlägen zu beschleunigen. Die „Restmaterie“ der Häuser von Gaza werde „bei Regen zu Schleim“, wie Kluge schreibt. „Anders als Sand in der Wüste ist die synthetische, extrem zerkleinerte Substanz, welche die Drohnen- und Raketenangriffe hinterlassen, ohne Leben. Anders

als die [...] Backsteine 1945 unbrauchbar für den Wiederaufbau.“

Geboren 1932 in Halberstadt als Sohn des Arztes Ernst Kluge und seiner Frau Alice, wächst Kluge als älterer Bruder von Alexandra Kluge (1937–2017) auf. Die Kindheit war von Anfang an von einer brüchigen Normalität geprägt: Anfang 1945, Kluge ist dreizehn, trennten sich seine Eltern. Nur wenige Wochen später, am 8. April, wurde Halberstadt durch alliierte Luftangriffe in Schutt und Asche gelegt. Kluges Vaterhaus wird zerstört, zehn Meter neben ihm zerbarst eine Sprengbombe. „Aber der Punkt ist der: vorher ist Scheidung meiner Eltern“, wie Kluge sich in Angelika Wittlichs *Alle Gefühle glauben an einen glücklichen Ausgang* erinnert. „Und wenn ich sagen soll: was ist nun der schlimmere Bombenanschlag, die Sprengbombe oder die Trennung der Eltern? Ich kann's ihnen nicht genau sagen. Das hat alles einen Zusammenhang und bedeutet: das Haus geht verloren.“

Mit *Der Luftangriff auf Halberstadt am 8. April 1945* legt Kluge 1977 ein Buch vor, das in seiner fragmentierten, fast dokumentarisch wirkenden Form technische Details der Bomber, Lagepläne und Alltagserfahrungen der Menschen miteinander verwebt. Anstelle emotionaler Schilderungen dominiert eine distanzierte, analytische Perspektive, die sowohl die planmäßige als auch die zufällige Dimension der Zerstörung betont. Der Text liest sich weniger als ein Bericht, sondern eher wie ein literarisches Denkmal für das Unfassbare, in dem Erinnerung, Rekonstruktion und Erfahrung ineinandergreifen. So wird der Schrecken des Krieges zu einem sprachlich reflektierten Kaleidoskop, das Gewalt und die Bedingungen des Erinnerns zugleich sichtbar macht. In seinem Essay *Luftkrieg und Literatur* zeigte W.G. Sebald auf, wie wenige Schriftsteller der Nachkriegszeit das Trauma und zugleich das Tabu der alliierten Bombardierungen literarisch verarbeitet haben. Er hebt dabei Werke von Zeitzeugen wie Alexander Kluge als eine der seltenen Ausnahmen hervor, die tatsächlich persönliche Erfahrungen dieser Ereignisse in die Literatur einfließen ließen. „Es ist ja so, dass er – so stelle ich mir das vor – auf die Welt kommt, um jene Zone zu entdecken, in der Lebensgeschichten, Tagesabläufe, alltägliche Wünsche und Bedürfnisse trivialer Art, aber auch ganze Lebensprojekte aufeinandertreffen – sei es

mit einer juristisch entschlüsselten Bürokratie oder mit der Geschichte“, so Kluges enger Freund und intellektueller Weggefährte, der Philosoph Jürgen Habermas in Wittlichs Filmporträt.

Das Gesamtwerk von Alexander Kluge erstreckt sich über Film, Fernsehen, Literatur und Theorie und folgt einem konsequent essayistischen Ansatz. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er in den 1950er Jahren bei Theodor W. Adorno am Institut für Sozialforschung in Frankfurt, wo er sich mit kritischer Theorie und Ästhetik beschäftigte. Als Mitinitiator des Oberhausener Manifestes wurde er zu einer Schlüsselfigur des Neuen Deutschen Films und schuf mit Werken wie *Abschied von gestern* (ausgezeichnet 1967 mit dem silbernen Löwen in Venedig), in dem seine Schwester die Hauptrolle spielte, und *Die Artisten in der Zirkuskuppel* formal innovative, politisch reflektierte Arbeiten, die Dokumentation und Fiktion in komplexen Montagetechniken verbinden.

Seit den 1980er-Jahren verlagerte er seinen Schwerpunkt ins Fernsehen, wo er im Kontext der medienpolitischen Entwicklungen – geprägt unter anderem durch Johannes Rau, den langjährigen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und späteren Bundespräsidenten, der für einen starken kulturellen Auftrag des Rundfunks eintrat – Sendeplätze im Privatfernsehen faktisch „ein-klagte“ und mit der dctp (Development Company for Television Program) eine eigene Produktionsstruktur etablierte. Hier lud Alexander Kluge wiederkehrend Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Philosophie, Literatur, Kunst und Politik ein. Zu seinen Gesprächspartnern zählten unter anderem der Philosoph Oskar Negt, der Theatermacher Heiner Müller, aber auch Künstler und Schauspieler wie Hannelore Hoyer, Christoph Schlingensiefel und Helge Schneider. Kluges Interview-Technik beschrieb Joseph Vogl letzte Woche bei Kulturzeit als „Montagetechnik“, bei der jede Frage einen Sachverhalt aufgerufen habe, „der nicht vorhergesehen werden konnte und der mit Sicherheit den Gesprächspartner an dem Punkt erreichte, wo man keine vorgefertigten Antworten hatte und vor allem wo es nichts Meinungshaftes gab.“ Kluge selbst nannte das einmal die „Provozierung von Eigenbewegungen“, von „unvermutetem Denken“. Unter dctp.tv können Kluges gesammelte TV-Interviews thematisch online abgerufen werden.

Das spätere Zurückdrängen solcher Formate im Fernsehen spiegelten die strukturellen Veränderungen der Fernsehlandschaft und die zunehmende Kommerzialisierung wider. In seinem 2022 erschienenen Werk *Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit* sprach Jürgen Habermas von „Filterblasen“ und warnte vor einem Verschwimmen der Grenzen zwischen privater und öffentlicher Kommunikation, das den gemeinsam zugänglichen Raum der Öffentlichkeit schwäche. Auch Kluge beschäftigte sich bis zuletzt damit, wie in unserem fragmentierten Zeitalter wieder Zusammenhänge hergestellt werden könnten. Kluge würdigte am 16. März in einem Nachruf in der Zeit seinen eben im Alter von 96 Jahren verstorbenen Freund als „einen der verlässlichsten Menschen“, denen er begegnet sei, und mahnte zugleich, sich in Krisenzeiten und angesichts der „dunklen Aufklärung“ aus dem Silicon Valley nicht der Mutlosigkeit hinzugeben. Kluge selbst starb nur elf Tage später, am 25. März, im Alter von 94 Jahren. Seit 1982 war er mit der Filmproduzentin Dagmar Steurer verheiratet und lebte mit ihr in München. Das Paar bekam zwei Kinder, darunter die Filmemacherin Sophie Kluge. ●

T
A
B
L
O

LITTÉRATURE



Poésies du monde

Plusieurs poètes se donnent rendez-vous à la 19^e édition du *Printemps des poètes* qui se tiendra du 17 au 19 avril autour du thème « La liberté. Force vive, déployée ». Pour témoigner de son soutien à la poésie et à cette manifestation, le *Land* publie plusieurs textes en amont de l'événement. Cette semaine, la parole est à José Carlos Barros (Boticas, 1963), architecte-paysagiste vivant en Algarve. Il est l'auteur de plusieurs recueils de poésie, essais et fictions. Il a également publié trois romans dont *As Pessoas Invisíveis* (Prix LeYa), ouvrage figurant parmi les recommandations du Plan national de lecture soutenu par les ministères portugais de l'Enseignement, de la Culture et de la Recherche. Son travail lui a aussi valu deux fois le Prix national de poésie Sebastião da Gama. SM

Le Problème du buttin

*il revient de la Guerre de Troie
et il ne sait que faire
du Cheval
qui ne rentre pas dans son salon qui
ne rentre pas dans son garage qui
ne rentre
nulle part*

(Extrait de Taludes Instáveis,
2024. Traduction : Sonia da Silva)

S

T

|

L

Poubelles : la vie

IIII Cyril B



Les réseaux sociaux nous poussent à développer le concept de « meilleure version de nous-mêmes ». Filtres photographiques esthétisants, décorations surchargées de fleurs artificielles, plats à la présentation soignée et selfies dans un environnement de carte postale contribuent à donner une image parfaite de nos vies. Chacun décide, selon ses goûts et son niveau d'impudeur, d'y partager ses plus belles performances sportives, ses expériences culinaires les plus mémorables, ses goûts musicaux réduits aux meilleures parties de morceaux choisis, ou ses voyages d'une semaine condensés en stories devant les endroits incontournables. Les plus mornes ordinaires prennent des allures de best of sur vitaminé.

Évidemment, nous imaginons sans peine ce qui se trouve juste en dehors du cadre, le prix à payer pour chaque post : les files d'attente à l'aéroport, la réservation indispensable, la foule qui se presse, les séances de jogging le dimanche sous la pluie, ou l'épilation des sourcils. Après tout, les conventions sociales nous poussent également à mieux nous habiller pour aller au travail que pour repasser du linge le dimanche matin dans la buanderie. On enfle ses plus belles chaussettes avant un rendez-vous amoureux, ou une visite chez le médecin, et l'on dissimule ce qui est un peu honteux. Si possible, on préfère ne pas croiser son patron chez Cactus avec un chariot de courses rempli de pizzas surgelées, de bouteilles de vodka et de boîtes de préservatifs.

Pourtant, il y a un moment où l'on ne peut plus tricher, et où une transparence assez absolue est de mise. Il n'est pas question de sa déclaration aux contributions directes, ou du passage au confessionnal, mais de l'épreuve de ramassage des déchets recyclables. On imagine bien la raison pour laquelle les sacs Valorlux sont transparents : permettre aux collecteurs de s'assurer en un seul coup d'œil que le contenu

est a priori conforme à ce qui est autorisé. Néanmoins, l'effet secondaire pour quiconque habite une maison individuelle est d'exposer une partie de ses déchets à la vue de tous ses voisins, pendant une durée assez courte, mais couvrant les heures où tout le monde rentre chez lui ou en repart. Ainsi, toutes les deux semaines, vos voisins et vous-mêmes échangez un petit aperçu de votre intimité domestique, sous réserve que vous n'alliez pas les déposer loin de votre porte, pour éviter de montrer ce que vous avez consommé les quinze derniers jours.

Rien de plus grave que de ne pas tirer les rideaux ou baisser les volets les soirs d'hiver, certes. Toutefois, à travers le bleu du plastique translucide peuvent parfois se deviner des pratiques que la bien-pensance réproche. Qui est coupable d'acheter des compotes en gourde pour ses enfants et non de vraies pommes cueillies sur l'arbre ? Combien de canettes de Bofferding avez-vous consommées durant les deux dernières semaines ? Est-il humainement possible de consommer autant de raviolis en boîte ? Même des bouteilles d'eau signifient un manque de conscience écologique et une indifférence coupable face à la pollution des microplastiques. Il faudrait donc composer le mix parfait, combinant bidons de lessive, flacons de shampoing et gel douche (on est propre), quelques canettes de bière et coca (on est fun), quelques packs de lait ou de jus (on se nourrit sainement) et quelques boîtes de conserve (pour éviter que le sac ne s'envole), et surtout espérer ne pas s'être trompé, et voir le sac recouvert d'un autocollant rouge « falsches inhalt » qui vous condamnera à le vider, et le réexposer purgé des éléments indésirables quelques jours plus tard. Influenceur poubelle, voilà un créneau dans lequel il y a peut-être moyen de... se recycler. ●

land
03.04.2026

REALITY TV

Die Geissens in Luxemburg

Am Montagabend ging es für die Geissens „von dem Urlaub in Salzburg direkt



nach Luxemburg“. Mit einem Privatjet. „Die Kinder sollen was von unserer Firmenkonstruktion mitbekommen und was lernen. Sie müssen verstehen, dass das Geld nicht vom Himmel fällt“, erläutert Robert Geiss den Zwischenstopp in Luxemburg. „Die Geissens – Eine schrecklich glamouröse Familie“ ist eine Reality-Show, die seit 2011 auf RTL2 läuft und vorgibt, das Leben des Millionärspaares Carmen und Robert Geiss sowie deren

Töchter Davina und Shania abzubilden. In einem „geilen Konferenzraum“ wundert sich eine der Töchter über die Europa-Flagge, aber hier sei man eben in der „europäischen Nation“. Kurz darauf sitzen in dem Raum ihre „wichtigsten Leute“ – unter anderem der Emil und die Gabi. Sie kümmern sich um die Yacht. „Unsere Anwältin und unsere Steuerberater sind auch hier“, erklärt Robert seinen Töchtern (oder wohl eher den Zuschauern). „Wir haben Luxemburger

Immobilienfirmen, wir haben Luxemburger Holdings“, prahlt der Vater. Insgesamt 14 Firmen habe die Familie zu verwalten (die Angabe ist nicht überprüfbar). Seit fast 30 Jahren sei die Roberto Geissini Holding in Luxemburg ansässig, deren Sitz sich tatsächlich am Boulevard Roosevelt befindet. Ebenfalls im Besitz der Geissens ist die in Luxemburg angesiedelte Immobiliengesellschaft Whereland Real Estate S.A.. L'Essentiel meldete vor

einem Jahr, französische Steuerfahnder würden dem TV-Paar vorwerfen, sich über diese Firma unrechtmäßige Steuervorteile zu verschaffen. Im Zentrum des Konflikts stand das Hotel Maison Prestige an der Côte d'Azur. Es habe ein „intensives Meeting mit vielen Unterschriften stattgefunden“, erläutert Robert Geiss im Anschluss an die Sitzung in Luxemburg-Stadt – nachdem die Kamera den Raum verlassen musste, denn „über

Geld spricht man nicht“. Als die Geissens an der Gëlle Fra vorbeigehen, sagt eine der Töchter: „Da ist die Statue of Liberty of Luxemburg.“ „Die glänzt ja richtig goldig“, kommentiert Carmen Geiss. Es sei „sehr, sehr schön hier“. Die Geissens waren nur für einen Nachmittag in der Oberstadt. Landung – Geschäft – Abflug. SM

PRINTED IN LUXEMBOURG

d'Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983. Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C.B 19029,N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant Antoine Hron** (48 57 57-1; ahron@land.lu), **Rédacteur en chef Peter Feist** (48 57 57-24; pfeist@land.lu), **Rédaction France Clarinval** (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), **Stéphanie Majerus** (48 57 57 35; smajerus@land.lu), **Erwan Nonet** (48 57 57 28; enonet@land.lu), **Sarah Pepin** (48 57 57 36; spepin@land.lu), **Pierre Sorlut** (48 57 57-20; psorlut@land.lu), **Bernard Thomas** (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Mise-en-page Pierre Greiveldinger** (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité Yi Ren** (48 57 57-32; yren@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuurger Land **Instagram** letzebuurger_land **Impression** Editpress S.A. **Prix par numéro** 6,50 € **Abonnement annuel** 220,00 € **Abonnement étudiant/e** 95,00 € **Compte en banque** CCPLLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000